

Die „Vorwärts“ erscheint wöchentlich am Sonntag und Montag nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus gebildet, von der Expedition selbst abgeholt 2,50 M. Für den Postweg rechnen sämtliche Postanstalten Beiträge ein. Unter Berücksichtigung des Postzuschlags nach Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. jährlich. Einzelhefte 30,- M. Bezugsstellen, Expedition und Verlag: Berlin S. O. Breite Straße 2-3.

Die achtspaltigen Anzeigenzeilen oben oben kosten 2,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Geschäftsdruck: Januar 2020, 2045, 4510 4525, 4535, 4545, 4555.

Vorwärts

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Parteidemokratie und Parteispaltungen

Die bürgerliche Presse hat die Spaltung der U. S. D. mit einem Indianergeheul begrüßt, an dessen Stärke man erst erkennen konnte, wie sehr die Bourgeoisie die Spaltung des revolutionären Proletariats herbeisehnte. Wir gönnen den Herrschenden die Atempause, die sie zum Schreien brauchen, denn wir sind überzeugt, daß sich das Proletariat sehr bald wieder um unsere Fahnen scharen wird, wie es schon jetzt an vielen Orten geschieht.

Auf einem noch tieferen Niveau als die bürgerlichen Kritiken standen die Betrachtungen des „Vorwärts“. Vor Freude über die Spaltung bekam der „Vorwärts“ plötzlich einen religiösen Klaps und behandelte die Politik im Geiste wahrer Gnade und Strafe, wie etwa Kaiser Wilhelm. In der drohenden Spaltung in Halle, in dem Gründen von Korrespondenzen, Mittelungsblättern, Diskussionsvereinen sah er eine „Vergeilung“ für das, was wir Reher der Kirche Scheidemanns angeblüht angetan haben sollen. Und als die Spaltung Wirklichkeit geworden war, geriet die ganze Redaktion geradezu in eine Palmschüttelung. Jawohl, man mag es ihr glauben oder nicht, in Halle hatte es sich doch gezeigt, daß Gott die Weisheit, die wir in Gotha begangen haben, bis ins vierte Geschlecht bekräftigt und das nicht die törichte, antiproletarische Politik Moskaus, sondern die gerechte Vergeltung unsere Partei zerschüttelt habe. Und was seitdem geschieht, bekräftigt den „Vorwärts“ in seiner Sonntagmittagsstimmung, „Wiederkehr des Gleichen!“ jubelt er Dienstag abend, weil u. a. die Neukommunisten zum Boykott der „Freiheit“ auffordern. Gerührt umarmen sich Stampfer und Ben Arba.

Sehen wir von dem Blödsinn ab, die Politik vom Standpunkt einer wallenden Gerechtigkeit und von der Wiederkehr der „Gleichen“ zu betrachten, so müssen wir uns doch energisch dagegen wenden, daß die Agitationskünste des „Vorwärts“ die erste Spaltung des deutschen Proletariats mit dieser jüngsten auf eine Stufe stellen oder gar einen logischen Zusammenhang fabrizieren. In Wirklichkeit haben die beiden Spaltungen nichts miteinander gemein. In ihren Ursachen finden sich wohl gewisse Gemeinsamkeiten, die aber für uns sprechen, daß wir sie gerne näher untersuchen wollen.

Betrachten wir zunächst die Spaltung in Halle. Was dort von der Linken in Szene gesetzt wurde, entsprach weniger dem bewußten Willen der Massen, als den Plänen jener kommunistischen „Reinigen“ in der Partei, die seit Jahr und Tag darauf hinarbeiteten, die U. S. D. zu sprengen, und die nur dieses Ziel auf dem Umwege über Moskau mit Hilfe der 21 Punkte erreichten. Die Möglichkeit, der kommunistischen Partei beizutreten, bestand ja in unbeschränktem Maße. Auch jede Ortsgruppe konnte geschlossen zur U. S. D. übertreten, aber keiner dachte daran, und so machte von denen, die stürmisch den Anschluß an Moskau forderten, stehen nun verdutzt vor der Perspektive der Eingliederung in die kommunistische Partei. Für alle Parteimitglieder bestand unbeschränkte Sprech- und Schreibfreiheit. Alle Probleme der Revolution wurden ausgiebig diskutiert. Niemals vorher hat es in irgend einer Partei eine solche Freiheit für die Kritik an Personen, an den gewählten Vertretern der Masse gegeben. Am den Willen der Masse in elastischen Organisationen zum Ausdruck zu bringen, wurde vielerorts eine neue, dem Räte-system angepaßte Organisationsform geschaffen. Mit einem Wort: in unserer Partei herrschte eine fast vollkommene Demokratie für die Mitglieder.

Ist es in Halle trotzdem zur Spaltung gekommen, so lag das vor allem an den künstlich geschaffenen, von außen her eingetragenen, bewußt verschärften neuen Gegensätzen in der Partei. Programmatisch war unsere Partei bis zur Abreise der Delegierten nach Moskau einig. Die letzte grundsätzliche Äußerung der Partei: das Antwortschreiben des Zentralkomitees an die 3. Internationale, wurde einstimmig angenommen. Gespalten hat sie sich dann nicht wegen eines Streites um die alten revolutionären Grundsätze, sondern wegen der von Moskau geforderten neuen, die allerdings im schärfsten Widerspruch zum Leipziger Programm und selbst zum Programm des Spartakusbundes stehen. Aus diesem Grunde war für diejenigen, die dieses neue Programm akzeptierten, kein Platz mehr in unserer Partei. Das beginnt der linke Flügel selber einzusehen, denn die bereits eingeleitete Verschmelzung mit der R. P. D. bedeutet den freiwilligen Verzicht auf die Zugehörigkeit zur Unabhängigen Sozialdemokratie.

Wie anders lagen die Dinge beim Zusammenbruch der alten Sozialdemokratie. Wenn jemals eine Spaltung aus dem Innern einer Partei herausgebrochen ist, so war es damals der Fall. Aber nicht wir, die wir damals aus der Partei ausgetreten sind, haben diese Spaltung erzeugt, sondern gegen unsern Willen, gegen unsern Klaren, oft bekundeten Einheitswillen ist es zur Spaltung gekommen. Es ist wahr, auch wir haben mit Korrespondenzen, Mittelungsblätter, Sonderorganisationen gearbeitet. Kein Außerlicher hat daher der „Vorwärts“ ein Recht von der „Wiederkehr des Gleichen“ zu sprechen. Aber wir mußten

Die Umsturzpläne der Rechtsparteien

Orgesch organisiert den Putsch — Der Bürgerrat als Geldgeber — Reichswehr und Sipo im Bunde mit den Verschwörern — Ein General als Führer

Wir haben in der gestrigen Abendausgabe die Tatsache festgestellt, daß es in Sachsen gelungen ist, den Umsturzplan der Rechtsparteien auszukundschaften. Die Chemnitzer „Volkstimme“ belegt in ihrer Dienstag-Ausgabe die Meldung mit unwiderlegbarem Beweismaterial. Es ist notwendig, dieses Material einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, damit sie ausgerüstet und von der Größe der Gefahr überzeugt wird.

Die Umstürzbewegung geht von der Orgesch aus, deren Verteuerungen, auf dem Boden der Verfassung zu stehen, eitel Lug und Trug sind. Die Orgesch unterhält feste Beziehungen zu den Regierungsstellen, zur Reichswehr, der Sipo und zu allen nationalistischen Verbänden und Parteien. Diese sind über den beabsichtigten Umsturz genau unterrichtet, in Sachsen wissen die Geheimratsstuben der Regierung genau so gut Bescheid, wie in Preußen und anderwärts.

In Chemnitz wurden die Umsturzpläne Mitte Mai geschildert. Der Bürgerrat übernahm die Führung, ihm schlossen sich folgende Vereinigungen an:

- Der Deutsche Offiziersbund,
- Berein ehemaliger Einjähriger,
- Berein nationalgefinnter Frontsoldaten,
- Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband und die Akademikergruppe der Deutschnationalen Volkspartei.

Die der Putschorganisation angeschlossenen Verbände sind militärisch formiert, Führer und Kommandeure genau bestimmt. Am Tage des Aufstandes sollten die Orgeschmitglieder zunächst nach Zeithain marschieren. Es war ausdrücklich verboten, auf dem Marsche selbst Waffen mitzuführen, da das sächsische Industriegebiet als feindliches Gebiet zu betrachten sei und der Aufmarsch einzeln in Zeithain zu erfolgen habe. Dieser fehl wurde dahingehend abgeändert, daß der Sammelplatz nicht mehr Zeithain, sondern nunmehr Frankenberg sei.

In beiden Sammelagern hatte die dort konzentrierte Reichswehrformation die Bewaffnung und Ausrüstung übernommen. Es wurde ausdrücklich bei Ausrüstung des Alarmbefehls vermerkt, daß auch das Reichswehrkommando in Frankenberg die Verpflichtung zur Aufnahme und Ausrüstung des Chemnitzer Bataillons übernommen habe. ... Gleichzeitig übermittelte der Bürgerrat der Orgeschleitung einen Betrag von 3000 M. zur Errichtung eines Werkbureaus, das beschlagnahmte Oberleutnant von Scheel einrichtete und bis Ende Juli ein Bataillon in Stärke von drei Kompagnien aufstellte.

Die Finanzierung des Unternehmens besorgt der Bürgerrat, der zugleich Kassenermeister der Orgesch ist. Die Deutschnationale Volkspartei begrüßte die Gründung mit Freuden, mahnte aber zur Vorsicht, damit die Partei nicht belastet werde. Als Zivilberater wurde in die Leitung der Orgesch der erste Vorsitzende der Volkspartei, Baurat Bach, hineingewählt. Der Generalsekretär Spangenberg der Deutschnationalen Volkspartei hat die militärische Leitung.

Die Verbindung mit der Sipo wurde durch zwei Offiziere der Sicherheitspolizei, Hauptmann Conradi und Leutnant Scholle, aufrecht erhalten. Diese beiden im Dienst der Regierung stehenden Offiziere versicherten, daß drei Fünftel der Mannschaften auf Seiten der Orgesch ständen. Oberleutnant

Scholle entwickelte einen Plan, im Falle einer bewaffneten Auseinandersetzung die andersdenkenden Angehörigen der Sipo zu entwaffnen und ihre militärischen Heeresgeräte in den Dienst der Konterrvolution zu stellen. Oberleutnant Scholle übergab auch die Berichte des Zivilkommissars, die für die sächsische Regierung bestimmt waren, zuerst dem Zentralbureau der Orgesch zur Kenntnis und Äußerung. Die „Volkstimme“ berichtet dann weiter:

„Die Organisation in Sachsen wurde durchweg durch die Vertrauensleute der Deutschnationalen Volkspartei getragen. Wie in Chemnitz, so waren sie auch anderswo überall die Mitglieder der militärischen Organisationen. Nach der Auslage einwandfreier Zeugen, die selbst an der Sache beteiligt waren, war die ganze Organisation klar darauf eingestellt, eine gewalttätige Auseinandersetzung herbeizuführen zum Sturze der Verfassung und zur Aufrichtung einer reinen Rechtsregierung. Die Führer der Bewegung in Sachsen laufen militärisch zusammen in den Händen des Generals Senft von Pilsach. Er ist Oberkommandierender der gesamten sächsischen Kadres der Konterrvolution. Die Führung in Leipzig liegt militärisch in den Händen des Professors Häubner, Zivilleiter ist dort der Staatsanwalt Mühlke. Der Generalsekretär der Deutschnationalen Volkspartei hat in allen Orten Anschluß an die deutschnationalen Vertrauensleute gesucht und gefunden.“

Die Verständigung mit den Reichsorganisationen geschieht in außerordentlich vorsichtiger Weise. Von Woche zu Woche wechselt die Chiffre-Schrift. Die Geheimbriefe selbst werden nur von Stappe zu Stappe weitergebracht durch eine flüchtige Stafettenpost in München. Nachrichtenoffizier Kappauf brachte zunächst einmal die Stafettenpost nach Hof, wo sie von jungen Offizieren, die sehr oft gewechselt wurden, um ein Befanntwerden zu vermeiden, nach München weitergeleitet wurde. In der Nähe von Zeithain ist eine Fähr über die Elbe im Besitze der Orgesch. Sie sollte bei irgendwelchen Bewegungen zum Übersehten dienen. Ein allgemeines Waffenlager traut man sich in Chemnitz zunächst nicht zu errichten, da man sich noch zu schwach fühlte und im Falle des Alarms die Ausrüstung in Frankenberg durchzuführen wollte.“

Soweit die Tatsachen, die bereits der sächsischen Regierung übermittelt worden sind. Oberleutnant Scholle hat sofort seine Entlassung erhalten, weitere Maßnahmen sollen bevorstehen.

Die Vorbereitungen für die Konterrvolution sind natürlich nicht nur in Sachsen getroffen. Nach den gleichen Plänen ist vielmehr das ganze Reich mit einem engmaschigen Netz überzogen. Die nationalen Parteien stehen überall hinter dem Putsch. Amsonst hat die Deutschnationale Volkspartei in Hannover nicht eine baldige Entschcheidung im Sinne der Monarchie angeknüpft. Alle Vorbereitungen geschehen unter den Augen der Reichsregierung. Das Entwaffnungsgesetz, die Oberleutnant Kusnath megele, sie werden nur gegen die Arbeiter angewendet. Angesichts dieser Tatsachen, angesichts der drohenden Gefahren, gibt es für die sozialistische Arbeiterschaft nur einen Weg:

Sie muß zusammenstehen wie ein Mann, sie muß ihre Front schließen, sie muß es aufgeben, fernliegenden Phantomen nachzugehen, sie muß ihre Augen auf die reale Gegenwart richten, sie muß jeden Augenblick bereit sein, den Streich der Gegenrevolution abzuwehren, sie endgültig zu Boden zu schlagen.

damals so handeln, denn eine Redefreiheit gab es unter dem Regime des Belagerungsstandes für uns auch in der eigenen Partei nicht mehr. Schlimmer als die Zensur des Hauptquartiers kämpfte die Zensur der Parteivorstände gegen die Kriegsgegner an. Die Verbreitung unserer Ansichten wurde von den siegesberauschten Instanzen mit allen Mitteln verhindert. Die Genossen hatten nicht nur keine Möglichkeit, innerhalb der Partei zu wirken, um durch den berühmten Kampf „mit geistigen Waffen“ die Mehrheit und die Macht in der Partei zu erobern, sie riskierten sogar dadurch oft ihre persönliche Sicherheit und ihr Leben. Genossen, die die Petition an den Parteivorstand wegen seiner Kriegspolitik unterschrieben hatten, wurden deswegen in Schutzhaft geworfen oder an die Front geschickt. Gewerkschafts- und Parteipresse lieferten den Kriegsgeschichten direkt oder indirekt hunderte Streifende, Kriegsgegner, Revolutionäre ans Messer. Als Crispian wegen des Stuttgarter Streiks vor Gericht stand, verlas der Staatsanwalt Artikel aus der „Schwäbischen Tagwacht“ und dem „Hamburger Echo“, weil er, wie er sagte, seine Auffassung über den Streik auch nicht besser ausdrücken könnte! Hunderte Jahre Haft sind unter Verurteilung auf solche Zeugenschaft verhängt worden. Keine forderte im Reichstag geradezu „allerhand scharfe Maßregeln“ gegen seine eigenen Genossen. War es auf die Dauer möglich, daß die Revolutionäre und ihre Denunzianten in einer Partei blieben?

Kam es also so wie jetzt bei uns durch künstlich zugespielt, von außen hineingetragene Forderungen zur Spaltung in der alten Partei? Nicht im Geringsten! Kämpfte doch unsere Fraktion in der alten Partei nicht wie die Neukommunisten für irgend welche neuen, ungeheuerlichen Forderungen, denen man auf den ersten Blick die konterrvolutionäre Wirkung ansieht — sondern für die Grundsätze des revolutionären Sozialismus, wie sie dieselbe Partei als ganzes hundertmale aufgestellt hatte, gegen das Völkermorden, gegen die Politik des Parteivorstandes, die sich in nichts von der Politik Bethmanns unterschied.

Infolgedessen haben wir nie für die Spaltung, sondern immer nur für den Sieg der revolutionären Grundsätze in der Partei gekämpft. Damals, wie heute, wußten wir, was die Einheit der Partei, besonders im Falle der von uns angestrebten Revolution bedeuten würde. So konnte Genosse Haase unter dem stürmischen Beifall der Opposition seine unergiebige Anklage gegen die Parteimehrheit auf der Reichskonferenz im Jahre 1916 mit einem Appell zur Einheit beschließen, in dem es heißt:

„Wir wollen die Einheit der Partei, aber nicht einer Partei, in der dem Imperialismus offen oder versteckt Konzessionen gemacht werden. Wir wollen die Einheit der Partei auf dem festen granitnen Boden des sozialdemokratischen Programms; wir wollen sie als internationale Sozialisten.“

Die Internationale der Konterrevolution

Ein neues Aufmarschgebiet

Die internationale Diplomatie arbeitet immer mehr daran, eine geschlossene Front der russischen Konterrevolutionäre herzustellen. Sie sucht in enger Verbindung mit deren Agenten und ist bemüht, überall Soldaten für das Wragelabenteuer anzuwerben. Aus Lida wird berichtet, daß am 26. September der nicht unbekannt Agent des Bermons, Graf Pahlen, die deutsche Grenze überschritten hat. Es wurden bei ihm Briefe vorgefunden und konfisziert, die die Adresse der politischen Wragelischen Kommission in Warschau an Sawinkow trugen. Das Schreiben ist von einem gewissen Derental geschrieben, es heißt, daß er als geheime Agent von Sawinkow bei der Lettlandregierung siguriert. Unter anderem erzählt Derental, daß in Lettland Soldaten für die Wragelische Armee geworben und auf Dampfschiffen aus Lettland nach Memel beordert werden unter dem Schein von polnischen Zivilflüchtlingen.

Weiter erzählt Derental in seinem Schreiben, daß der Vertreter von Sawinkow mit den Vertretern der Lettlandregierung und dem Oberkommando der lettischen Armee eine geheime Sitzung in Riga hatte, an der die Minister Umanis, Regewitsch und der Stabschef Radzin teilnahmen. In dem Briefe ist auch erwähnt, daß es den Sawinkowischen Agenten gelungen ist, in einen engen Kontakt mit der Lettlandregierung zu treten, um mit Wragel vereinigt gegen die Sowjetregierung den Kampf zu führen. Für die Dienstleistung verspricht Wragel die Unabhängigkeit Lettlands und deren Anerkennung. Estland, Litauen und die Ukraine dagegen erhalten nur Autonomie.

In der Nacht zum 18. Oktober überschritt die deutsche Grenze Falkowski, ein früherer Zarenbeamter für Gegenaufläufe, der verpackte Pakete bei sich trug. Diese Pakete waren an Sawinkow adressiert, mit einem gleichzeitigen Schreiben an Sawinkow, unterzeichnet vom Ministerium des Auswärtigen und dem Grenzwachkommando, um einer Grenzkontrolle der Pakete vorzubeugen. Diese Ereignisse riefen in der lettischen Nationalversammlung großes Aufsehen hervor und veranlaßten sie zu folgender Anfrage:

„Ist jedem einzelnen der Regierungsmitglieder die oben angegebenen Tatsachen bekannt und nimmt das gesamte Ministertabakett die Verantwortung auf sich für eine solche Politik? Wir bestehen auf Veröffentlichung der geheimen Korrespondenz, die dem Grafen Pahlen abgenommen wurde. Ebenso verlangen wir von der Regierung eine genaue und eingehende Antwort vor der Nationalversammlung.“

Diese Anfrage ist von den Mitgliedern der lettischen Nationalversammlung: Rudewich, Elias Kallinskij und Selteny unterschrieben.

Nur nichts verschleiern!

Die preussische Regierung hat heute über das neue Baltikum unternehmen Mitteilungen gemacht, die offenbar den Zweck haben sollen, die ganze Angelegenheit als harmlos hinzustellen. Nach diesen Mitteilungen sollen einmal 120 Mann unter Führung von zwei Offizieren, die der aufgelösten Freiwilligen Volkstruppe in Ostpreußen angehörten, ein zweites Mal 300 Mann mit drei Offizieren und im übrigen etwa noch 150 einzelne Personen die Grenze überschritten haben. Die Leichtgläubigkeit, mit der die preussische Regierung diese Mitteilungen ihrer amtlichen Gewährsmänner entgegennimmt, ist angesichts der schweren Gefahren, die aus diesem neuen Abenteuer entstehen können, geradezu frevelhaft.

Es ist eigenartig, daß die preussische Regierung sich nicht entschließen konnte, einen eigenen Kommissar zur Beobachtung nach Ostpreußen zu entsenden, daß sie sich vielmehr auf Mitteilungen der schlecht informierten Regierungspräsi-

denten verließ. Wenn sie ernstlich gewollt hätte, so hätte sie durch einfache Nachprüfung schon in Ostpreußen diese Mitteilungen als völlig falsch feststellen können. Wir erfahren beispielsweise aus einer amtlichen ostpreussischen Quelle, die sich bisher stets als weit besser orientiert zeigte, als die Regierungspräsidenten, daß mindestens 10 000 Mann bisher die ostpreussische Grenze überschritten haben. Es handelt sich dabei nicht nur um Offiziere aus der Provinz Ostpreußen, sondern um Leute, die aus allen Teilen des Reiches zusammenströmen.

Daß es sich um eine militärische Organisation bei diesem neuen Abenteuer handelt, geht schon daraus hervor, daß seit langen Monaten ehemalige deutsche Offiziere als Instruktoren der litauischen Armee tätig sind. Diese Offiziere haben nun ihre Verbindungen nach Deutschland wieder ausgenommen und sind dabei, in Litauen eine neue deutsche Armee aufzustellen. Abgesehen von den schweren außenpolitischen Verwicklungen, die durch dieses neue Abenteuer entstehen können, droht hier die Gefahr der Bildung einer konterrevolutionären Truppe, die nach dem alten Baltikumplan eines Tages nach Ostpreußen einrücken wird. Die Arbeiterschaft muß deshalb die konterrevolutionären Pläne rechtzeitig durchkreuzen und dem Treiben der neuen Baltikumabenteuer ein Ende bereiten.

Der Kompromißfrieden

Nach einer Meldung aus Moskau hat die außerordentliche Sitzung des Großen Russischen Zentralkomitees am 23. d. Mts. begonnen. Auf der Tagesordnung stand die Ratifizierung des Vorfriedensvertrages mit Polen und des Friedensvertrages mit Finnland. Aus dem von Tschichserin über den Vorfriedensvertrag mit Polen erstatteten Bericht ist folgendes hervorzuholen: „Der Friedensvertrag ist für uns zweifellos sehr hart, aber Polen verzichtet darauf, Wragel zu unterstützen (??) und der russischen Reaktion Beistand zu leisten. Im Preis territorialer Konzessionen, die Polen gemacht werden mußten, ist man zu einem Kompromiß gelangt. Zwar lassen gewisse polnische Parteien noch eine kriegerische Haltung erkennen, doch werden die polnischen Arbeitermassen die leistenden Kreise Polens zur Annahme des Friedensvertrages bewegen. Für Sowjetrußland würde die Fortsetzung des Krieges neue Opfer bedeuten, die schließlich Rußland daran verhindern könnten, mit dem Wiederaufbau des Wirtschaftslebens zu beginnen.“ — Der Bericht Tschichserins rief eine lebhafte Erörterung hervor.

In der polnischen Nationalversammlung, in der die Ratifikation des Vorfriedensvertrages beschlossen wurde, erklärte Landtagsmarschall Trampozowski, daß der Krieg, welcher Partei auch in Rußland ans Ruder kommen möge, zu Ende sei, da niemand in Rußland einen vernünftigen Grund habe, einen neuen Krieg vom Zaun zu brechen. Bei der Grenzfestlegung habe sich die polnische Regierung von den vitalen Interessen beider Teile abgesehen und in keiner Weise versucht, die ungünstige militärische Lage der Bolschewisten für sich auszunutzen. Wites erklärte, es sei der dringende Wunsch der polnischen Regierung, in gute Beziehungen zum russischen Volk zu treten, und von diesem Wunsch geleitet, habe die polnische Regierung auch die Friedensbedingungen festgesetzt. Der Friede von Riga stelle den Frieden in Europa wieder her, nachdem das Phantom der bolschewistischen Revolution, die ganz Europa bedroht habe, dank der Anstrengungen Polens aus der Welt geschafft sei.

Kowno, 27. Oktober.

Der französische Ministerpräsident Pengués hat dem litauischen Minister des Auswärtigen Kuridsis erklärt, daß die französische Regierung die polnische Politik ablehnt und alle Mittel zur Hintanhaltung imperialistischer polnischer Bestrebungen anwenden würde. (??) Die französische Regierung spreche sich für ein unabhängiges Litauen mit Wilna und Memel aus.

Polens schwierige Finanzlage

Das Fehlschlagen der Anleiheversuche

DA. Warschau, 27. Oktober.

In der Finanzkommission erstattete Finanzminister Grabski kürzlich Bericht über seinen Aufenthalt in Frankreich und Belgien und über seine Bemühungen um Erlangung einer Auslandsanleihe. Der Bericht Grabskis war in sehr pessimistischem Tone gehalten. Es gelang ihm keine Transaktion hinsichtlich einer Anleihe. Außerdem wollte Grabski in Frankreich die ganze verfügbare Zuckermenge, d. h. 80 000 Tonnen, verkaufen. Es gelang ihm jedoch nur der Verkauf der Hälfte, wobei die polnische Regierung die Bürgschaft für die Lieferung des Zuckers übernehmen mußte. Die geplante Petroleumtransaktion ist noch andächtig. Grabski bot die 20-jährige Petroleumerzeugung für 1 Milliarde Franks an. Die französische Regierung nahm diesen Vorschlag an und beauftragte ihren Finanzminister, weitere Verhandlungen zu führen. Er holte das Gutachten der französischen Besitzer von Petroleumquellen in Borsgölum und Drohobocz ein, viele aber widersetzten sich einer solchen Transaktion, und das Projekt schlug fehl. Grabski drückte in der Finanzkommission sein Bedauern über die äußerst schwierige Finanzlage Polens aus. Die für den Bedarf des Deeres ausgenommenen Anleihen hätten um vieles die Summen überbieten, die für diesen Zweck vorgezogen worden seien. In Paris sei von den maßgebenden Stellen erklärt worden, daß in Polen in Finanzangelegenheiten kein Maßhalten vorhanden sei. Auch in Brüssel habe Grabski den Boden für eine polnische Anleihe geprüft. Es habe sich gezeigt, daß die Aufnahme einer Anleihe in Belgien unmöglich sei. Die belgischen Finanzleute hätten erklärt, daß so lange sich Polen im Kriege befinde, von einer Anleihe für Polen keine Rede sein könne, nach dem Kriege müsse sich Polen aber durch ein normales Budget ausweisen. Bis zu einem solchen Budget sei es doch noch weit.

Wragels wahre Absichten

In einem Erlass und einem Armeebefehl verspricht Wragel, daß nach Niederwerfung des Bolschewismus eine russische Nationalversammlung einberufen werden soll, um über die Staatsform zu entscheiden. Pressevertretern gegenüber hat Wragel sich dahin geäußert, daß er sich die Wahlen indirekt, und zwar vierkürsig, denke. Die Landgemeinden sollen Vertreter in die Kreisversammlungen, diese in die Bezirksversammlungen entsenden, die wiederum Abgeordnete in die Kreisversammlungen der größeren Teile Rußlands, wie der Ukraine, des Don- und Kubangebiets usw. schicken, und erst die Bezirksversammlungen sollen die Mitglieder der Nationalversammlung wählen. Nach der kürzlich eingeführten Gemeindeverfassung ist das Wahlrecht gleich und geheim, aber nicht allgemein. Das Wahlrecht steht nur Personen zu, die Land besitzen, oder Familienhäupter sind, außerdem nur nach Männern, selbständigen Bodenpächern oder Gewerbetreibenden.

Das geplante, auf dem Grundbesitz aufgebaute Wahlrecht erfährt in breiten russischen Kreisen scharfe Kritik. Auch die Antibolschewisten wenden sich deshalb gegen Wragel, der mit seinem Erlass nun dokumentarisch gezeigt hat, daß er derselbe Reaktionär ist wie Kollischal, Denesin und Tudenisch, obwohl er sich bisher als „demokratischer“ Volksheld feiern ließ.

Gegen die Koalitionspolitik

BRÜSSEL, 27. Oktober.

Entgegen anderweitigen Mitteilungen hat sich die sozialistische Föderation von Brüssel mit ungeheurer Mehrheit, 4127 Stimmen gegen 4973, gegen die Beteiligung der Sozialisten an einer Koalitionsregierung ausgesprochen. Die Sozialisten von Namur haben sich dafür ausgesprochen, die Sozialisten von Lüttich ebenfalls und auch die Sozialisten von Lüttich. Die Sozialisten von Charleroi haben bestimmte Forderungen gestellt, die die sozialistischen Minister als Grundbedingung für die Teilnahme an der Regierung stellen sollen. Die Sozialisten der Provinz Luxemburg sprachen sich ebenfalls für die Beteiligung aus.

Französischer Militarismus

(Gonos.) Paris, 27. Oktober.

Kriegsminister Bessore erklärte, daß die Geheimsverträge über die Umorganisation eines Geheimsvertrages aus verschiedenen Vorklären bilden, die im Laufe der Verhandlungen noch erweitert werden könnten. Der Minister wünscht eine Anzahl langfristiger Dienstverpflichtungen, für die er 100 bis 150 000 Mann für notwendig erachtet. Dann würde Frankreich in Wahrheit eine bewaffnete Macht darstellen, und die zweijährige Dienstzeit könnte herabgesetzt werden.

Kohlenkrise in Frankreich?

Paris, 27. Oktober.

Die „Matin“ aus Marseille meldet, haben die Delegierten der Bergarbeitergemeinschaften der dortigen Gewerkschaften, am 6. 11. in den Streik zu treten, wenn bis zum 2. 11. die Erhöhung des Tagelohnes nicht bewilligt sei.

Die deutschen Kohlenlieferungen an die Entente beliefen sich in der ersten Dekade dieses Monats auf 620 000 Tonnen, die sich folgendermaßen verteilten. In Frankreich lieferten Rheinland-Westfalen 270 000 Tonnen Kohlen und 190 000 Tonnen Rots, der Saarbezirk lieferte 6000 Tonnen Kohlen und 140 000 Tonnen Rots; dazu 35 500 Tonnen Braunkohlen-Briketts aus der Kölner Gegend; insgesamt erhielt Frankreich 621 500 Tonnen. In Belgien geliefert wurden 65 500 Tonnen, nicht einbezogen die Braunkohlen; an Italien 33 000 Tonnen, nicht einbezogen die abwärtsgehende Kohle.

Weil die Parteimehrheit eine solche Einheit der Partei nicht wollte, ist es schließlich zur Spaltung gekommen, aber nicht durch uns, sondern durch die Unterdrückung der Demokratie in der Partei. Dieselbe Mehrheit, die sich heute als Hüter der Demokratie in Staat und in Parteien ausspielt, hat auf diese Weise durch die Unterdrückung der Demokratie die erste große Spaltung verschuldet, aus der alle späteren hervorgegangen sind.

Als eine Partei, die dem Verbrechen der Rechtssozialisten an der Parteidemokratie ihr Entstehen verdankt, haben wir die größtmögliche Parteidemokratie geschaffen, fortentwickelt und selbst den dümmsten Krakehlen gegenüber gewährt. Wir bedauern das nicht — im Gegenteil, wir sehen darin unsere Stärke und einen Teil unserer Aufgabe. Denn nicht die Übergroße Freiheit hat sich an uns gerächt, sondern das noch zu geringe Freiheitsbedürfnis eines Teiles der Massen, die Lenins „eisernen, proletarischen Zentralismus“ unserer Demokratie vorgezogen haben.

So groß auch der Unterschied in den prinzipiellen Fragen ist, die beiden Spaltungen zugrunde liegen, so findet sich doch, in der letzten Ursache der Spaltungen etwas Gemeinsames. In beiden Fällen wurde die Spaltung erzwungen durch eine Mißachtung der Parteidemokratie. Zuerst in der S. R. D., wo uns die Demokratie entzogen wurde. Jetzt in der U. S. R. D., wo die Partei auf Befehl der kommunistischen Großfürsten neben zahlreichen anderen gegenrevolutionären Leitfiguren das Mitbestimmungsrecht der Massen aufgeben sollte.

Bringt man schon, wie der „Vorwärts“, die beiden Spaltungen in einen Zusammenhang, so findet sich wohl eine „Wiederkehr des Gleichen“, aber eine, auf die wir als Partei nicht wenig stolz sein können. Wie wir bei der Gründung der U. S. R. die Grundzüge des revolutionären Marxismus gegenüber der unsocialistischen, konterrevolutionären Politik der Rechtssozialisten, die die Arbeiterbewegung immer tiefer in den Sumpf des bürgerlichen Reformsozialismus trieb, zu verwirklichen trachteten, so suchen wir jetzt die Arbeiterbewegung frei zu halten von der putschistischen Katastrophopolitik der kommunistischen Revolutionsromantiker. Wie wir den Bethmannkurs der Rechtssozialisten bekämpften, so bekämpfen wir heute die Politik Bakunins, die von den Kommunisten auf deutschen Boden übertragen wird.

Sieg der englischen Bergarbeiter

Die sofortige Zulage bewilligt

Der große Streik der englischen Bergarbeiter ist beendet. Die Arbeit wird am Montag wieder aufgenommen. Die schon vor einigen Tagen aus weniger starker Quelle kommende Nachricht über die Friedensbedingungen, die einen Sieg der Streikenden bedeuten, bestätigt sich. Aus London wird jetzt gemeldet: „Der „Manchester Guardian“ meldet: Der Streik der Bergleute ist beendet. Die Bergleute werden die Arbeit am 1. November wieder aufnehmen. Die Regierung gewährte eine sofortige Lohnerhöhung von 2 Schilling. Das Gewerkschaftsmitglied der Bergleute erklärte sich bereit, die Verantwortung für die Steigerung der Kohlenförderung auf sich zu nehmen.“

Damit ist auch in England ein allgemeiner großer Ansturm der gesamten bürgerlichen Gesellschaft gegen die Arbeiterbewegung abgeklungen durch den spontan entfalteten Widerstand der Arbeiterchaft. Die Haltung der Regierung und der Grubenherren vor dem Streik bildete eine Herausforderung an die Bergarbeiter, deren veröhnliche und vorsichtige Taktik den Weg zu Verhandlungen stets offen ließ und die ihre Forderung nach Herabsetzung der Preise für Hausbrandkohle sogar zurückstellte, um den Konflikt zu mildern. Als indes die Bourgeoisie bei ihrem Verlangen beharrte, daß zunächst die Produktionssteigerung garantiert und durchgeführt werden müßte, bevor über Lohnzulagen auch nur verhandelt werden könne, da setzte sich der Unwille der Arbeiterchaft selbst gegen den zur Mäßigung mahnenden Rat einiger Führer durch. Der Streik der Bergarbeiter wurde unvermeidlich. Die Eisenbahner traten sofort an die Seite der Streikenden und auch die übrigen Transportarbeiter rüsteten. Ueber alle Berufs- und Organisationsgrenzen hinweg betätigte sich mit elementar Wucht die proletarische Klassenolidarität der englischen Gewerkschaftsmassen, die den Kern der nach russischer Lesart „gelben“ Antlerdamer Internationale bilden.

Jetzt mußte die noch vor einer Woche hartnäckig verweigerte sofortige Zulage bewilligt werden. Die Friedensbedingungen verpflichten die Bergarbeiterorganisationen dazu, die Verantwortung für die Steigerung der Produktion zu übernehmen. Wie das gemacht werden soll, ist noch nicht bekannt. Weitere Nachrichten werden abgewartet werden müssen, bevor die durch die Beendigung des Streiks entstandene Situation klar übersehen werden kann.

Aber es bleibt dabei, daß der Ausgang der Bewegung einen großen Erfolg der englischen Gewerkschaften darstellt, denn der Widerstand der gesamten bürgerlichen Gesellschaft, der den Arbeitern entgegenstand, kann nicht ernst genug beurteilt werden. Im Rahmen der revolutionären deutschen Arbeiterchaft grüßen wir die englischen Kämpferscharen. Sie haben uns das große Beispiel einer klugen, energischen und elastischen Taktik gegeben, die im letzten Augenblick alle Kräfte anspannt, um sie einzusetzen für ein bestimmtes Ziel. So ist der Erfolg erkämpft worden, der Ansporn und Kraftsteigerung zur Gewinnung weiterer Siege sein wird.

Die Kommunisten haben Bed. Gellern riefen „Rote Fahne“ und „Internationale“ die deutsche Arbeiterchaft zur Offensivdrückung mit den englischen Arbeitern auf. Sie soll sich bereitstellen, um die englische Bourgeoisie zu konfrontieren und keine Kohle an England zu liefern. Das ist ganz nett und klingt gewaltig revolutionär. Es ist nur schlimm, daß das Drohschreiben der Parolen so langsam geht, daß die wuchtigen Luftkriege immer gerade dann ans Licht kommen, wenn der Kampf — vorüber und gewonnen ist. Aber so haut man daneben, wenn man eine Politik nach konstruierten Vorstellungen betreibt, ohne genau zu wissen, was eigentlich gespielt wird. Und so klappt die „antirevolutionäre Zentralfaktion“ der kommunistischen Internationale der Tat.

Streik an der Bismarckhütte. Dienstag abend sind die Arbeiter der elektrischen und Maschinenbetriebe, ungefähr 2500 Mann, auf der Bismarckhütte in den Streik getreten, infolgedessen Montag seit gestern abend alle Betriebe der Bismarckhütte still. Die Streikenden fordern Erhöhung des Lohnes, Erhöhung der allgemeinen Lohnhöhe. Sofort aufgenommene Verhandlungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Die Martinshütte und Gießereien sind gestrichelt, und es wird genaue Zeit dauern, sie wieder in Betrieb zu setzen.

Wahl von Arbeitslosenräten

Bekanntmachung

Auf Grund der Bekanntmachung der Richtlinien zur Wahl der Arbeitslosenräte, sowie der Bekanntmachung der Wahltag, findet am Donnerstag, den 28. Oktober 1920 und Freitag, den 29. Oktober 1920 die Wahl der Arbeitslosenräte statt.

Jeder Arbeitslose hat die Pflicht, sich an dieser Wahl zu beteiligen, da durch die Arbeitslosenräte die Interessen der Arbeitslosen vertreten werden.

Die Wahl erfolgt in den unten angeführten Wahllokalen in der Zeit von vormittags 9 bis nachmittags 3 Uhr.

Bei der Wahl ist folgendes zu beachten: Jeder Wähler hat eine Stimme. Die Wahl erfolgt nach dem Verhältnisystem. Folgende Listen sind eingereicht:

Liste 1 aller freierwerblich organisierten Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins, beginnend mit: Paul Krennholz, Dreher, Hubrechtstr. 7; Heinrich Kunz, Tischler, Wienerstr. 50; Gustav Schneider, Stultfater, Dunderstr. 5.

Liste 2 der nicht organisierten Arbeitslosen Berlins Gormannstraße, beginnend mit: Fritz Schmidt, Arbeiter, Waisenstr. 20; Ferdinand Kretschmer, Arbeiter, Vorst. 22.

Liste 3 der unorganisierten Gastwirtsgehilfen Berlins, beginnend mit: Oskar Duda, Gipsstr. 6; Hermann Böttcher, Genter Str. 58.

Liste 4 der kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der 3. Internationale), beginnend mit: Ferdinand Schläter, Glas- maler, Goltzstr. 48; Franz Fischer, Kaufmann, Neue Winterfeldstr. 3.

Liste 5 der unorganisierten Arbeitslosen des Gemeindebezirks Oberschönweide, beginnend mit: August Kreis.

Stimmzettel, die auf andere als die vorerwähnten Listen lauten, sind ungültig.

Die Stimmzettel, auf denen die Listen verzeichnet sind, sind am Eingang des Wahllokals zu entnehmen.

Der Wähler überreicht seine Arbeitslosen-Stempelfarte und Invalidentarte oder Angestelltenversicherungskarte mit dem Stimmzettel dem Wahlvorstand. Der Wahlvorstand prüft die Legitimität des Wählers und trägt den Namen, Beruf und die auf der Stempelfarte vermerkte Arbeitsnachweisnummer in die Wahlliste ein. Sodann wird der Stimmzettel durch den Wahlvorstand im Beisein des Wählers in die Urne gelegt.

Die Stempelfarte wird mit dem Vermerk „gewählt“ versehen.

Nach Schluß des ersten sowie des zweiten Wahltages hat der Wahlvorstand die Stimmen auszuwählen, in das Wahlprotokoll einzutragen und dasselbe mit den Stimmzetteln in geschlossenem Briefumschlag an den Wahlausschuh, Engelauer 14/15, Zimmer 13, abzugeben.

Von denjenigen Wählern, deren Kontrollstelle oder Arbeitsnachweis nicht als Wahllokal benannt ist, müssen die ihnen am bequemsten liegenden Wahllokale benutzt werden.

Bezirks-Kontrollstellen: 1. Belle-Alliance-Platz 5, 2. Turmstr. 75, 3. Müllerstr. 48, 4. Putzbusch Str. 22, 5. Kastanien- Allee 81, 6. Großwalder Str. 221-223, 7. Reuener Str. 24-26, 8. Engelauer 15, 9. Charlottenburg, Berliner Str. 81, 10. Köpen- nick, Schloßstr. 27/28, 11. Lichtenberg, Marktstr. 10/11, 12. Lichter- berg, Gärtnerstr. 21, 13. Neukölln, Reuterstr. 34, Hof 1, 14. Neu- külln, Berliner Str. 93 (Stadt, Nachweis), 15. Neukölln, Mar- krahe 12 (Stadt, Nachweis), 16. Oberschönweide, Luisenstr. 31, 17. Postow, Stiftweg, 18. Reinickendorf, Graf-Köber-Platz 1, 19. Tegel, Teichstraße, 20. Wittmann, Charlottenburger Str. (Kathhaus), 21. Schöneberg, Schwabische Str. 17 (Winterfeld- platz), 22. Steglitz, Schloßstr. 38, 23. Weißensee, Streustr. 33, 24. Wilmersdorf, Gasteiner Str. 11, 25. Tempelhof, Dorstr. 33, 26. Groß-Lichterfelde, Teltower Str. 9-10, 27. Treptow, Neu- Krug-Platz 4, 28. Hohenzollernpark, Hauptstr. 43, 29. Friede- nau, Nollstr. 41, 30. Strö, Chausseest. 51, 31. Buckholz, Ber- liner Str. 24, 32. Adlershof, Radischestr. 44, 33. Schmarzendorf, Berkaer Platz.

Städtische Arbeitsnachweise: 1. Gormannstr. 12, 35, Gormannstr. 30, 36. Morinehaus, Brandenburger Ufer, 37, Rüderstr. 9, 38. Friedrichstr. 110/112, 39. Linienstr. 83/85, 40. Wusterhausener Straße, 41. Charlottenburg, Siemensstraße, Sonnenbamm-Platz, 42. Christlicher Nachweis, Blumenstr. 76, 43. Kriegsbeschädigten, Volkstr. 5.

Der Wahlausschuh: Neuendorf, Wangerin, Biatowski, Bollmerhaus.

Aus Horthy-Ungarn

Neue Werke der christlichen Liebe

In der ungarischen Nationalversammlung wurde durch die Interpellation des Abgeordneten Kuppert wieder eine gräßliche Mordtat der Horthy-Politik aufgedeckt. Offiziere der Bronay-Gruppe verhafteten vor einigen Wochen einen Wein- großhändler Landau und seinen Sohn, überführten ihn in eine Kaserne, misshandelten, schlugen ihn entsetzlich, um ihn dazu zu zwingen, an seine Familie einen Brief zu richten, in welchem er die Familie auffordert, sein ganzes, mehrere Millionen betragendes Vermögen den Offizieren als Lösegeld zu übergeben. Der diesbezügliche Akt wurde von dem im Gefängnis sitzenden Landau, seinem ebenfalls verhafteten Sohne und von einem Defektive der Staatspolizei, von einem Oberleutnant Danki und von einem Leutnant unterzeichnet.

Auf die Anzeige der Familie wurde einer der Expresser von der Postizei in Haft genommen; daraufhin erschien bei der Staatspolizei ein Offizier der Bronay-Gruppe und erklärte, daß wenn der Expresser nicht sofort freigelassen wird, er Artillerie herbeiholen werde und das Gebäude der Staatspolizei in Trüm- mer schleifen lassen werde. Darauf wurde der Expresser freige- lassen. Landau wurde unterdessen im Gefängnis weiter ge- quält, es wurde ihm ein heißes Eisen in den Darm gesteckt — das sind alles die Angaben des Abgeordneten Kuppert in der ungarischen Nationalversammlung — und in kurzer Zeit erlag er seinen Wunden im Gefängnis.

Es wurde dann ein amtliches Kommuniqué ausgegeben, daß er einen Selbstmord begangen habe und der ungarische Minister- präsident antwortete dem Abgeordneten Kuppert, daß die Offiziere „suspendiert“ wurden. Von Strafverfahren gegen die Mörder und Expresser ist aber gar keine Rede.

Dies ist aber kein isolierter Fall, sondern die Verhaftung und Quälen von reichen Leuten, hauptsächlich Juden, ist die regel- mäßige Beschäftigung der Offiziere der christlichen ungarischen Armee, die sich auf diese Weise bereichern. Die meisten zahlen aber, ohne etwas darüber bekannt zu geben und so bringt nur die und da eine Nachricht in das Ausland. Es ist bezeichnend, daß die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ kurz nach dem Vorfall die ganze Vorgeschichte in die Öffentlichkeit brachte, aber in Ungarn durften die Zeitungen bis zu dem heutigen Tage nichts darüber veröffentlichen. Es ist eine reiche Kasse und Wörber- wirtschaft, die aber von den Exzentri- Diplomaten, beson- ders von den französischen, gestützt wird.

Am demselben Tage, wo der Familie Landau zwei Millionen Kronen von den Offizieren abgenommen wurden und Landau im Gefängnis ermordet wurde, erklärte der französische diplomatische Vertreter in Budapest, daß in Ungarn eine Bewunderungs- würdige Zivillisation herrsche und die öffentliche Ordnung unerschütterlich sei. Und auch die deutschen Konsuln wissen

Ungarn, das Land des staatlich sanktionierten Mordes, als das Musterland der christlichen Kultur und ihr Ziel ist darauf ein- gestellt, Deutschland nach dem gleichen Muster zu regieren.

Die Regierungsbildung in Oesterreich

In Wien fand am Dienstag eine Parteiberatung der Christ- lich-Sozialen über die neue politische Lage statt. Obwar- sie die größte Partei des Hauses ist, fehlen den Christlich-So- zialen 5 Mandate an der einfachen Mehrheit im Nationalrat. Da der Beschluß der Sozialdemokraten jede Zusammenarbeit mit dieser Gruppe ausschließt, bleibt den Christlich-Sozialen nur eine Verbindung mit der großdeutschen Gruppe und man erwartet von dieser Seite auch allgemein eine Arbeitsgemeinschaft, wenn auch keine formelle Koalition. In diesem Falle würde ein Beamtenkabinett mit parlamentarischem Einschlag gewählt werden, das diejenigen Gesetze zu vertreten hätte, die von der Arbeitsgemeinschaft beschlossen werden.

Ein Kulturdokument

Wertbemessung menschlicher Glieder nach Prozenten

Im Reichsgeheblatt Nr. 18, Seite 1633 und 1634, ist fol- gendes zu lesen:

Zu § 25 Absatz 3. Wer in seiner körperlichen Unversehrtheit schwer beeinträchtigt ist, erhält ohne Rücksicht auf den Grad der Minderung seiner Erwerbsfähigkeit eine Rente nach den nachfol- genden Sätzen. Begründet die Minderung der Erwerbsfähigkeit eine höhere Rente, so erhält er diese höhere Rente. Beim Zusam- mentreffen von Schädigungen der körperlichen Unversehrtheit und Minderung der Erwerbsfähigkeit wird die für den Beschädigten günstigere Rente gewährt.

Verlust eines Beins oder eines Armes	50 vom Hundert
Verlust eines Unterschenkels oder Unterarms	40
Verlust eines Fußes	30
Verlust von drei oder mehr Fingern einer Hand einschließlich des Daumens	30
Verlust von drei oder mehr Fingern einer Hand ausschließlich des Daumens	20
Verlust des Daumens allein	20
Verlust der ganzen Kopfhaut (Skalpierung)	20
Verlust eines Auges falls ein künstliches Auge nicht getragen werden kann	20
Halbseitenblindheit (Hemianopsie)	40
Verlust eines Nierens oder des größeren Teiles eines Nierens (mehr als ein Drittel)	30
Verlust des Ganmen	20
Verlust aller Zähne	20
Verlust beider Ohrschnecken	20
Erheblicher Gewebeerkrankung der Junge mit schwerer Sprachstörung	30
Verlust des Kehlkopfes	30
Volliger Verlust der Nase	30
Stimmlose (Dysphonia)	30
Absehend wirkende Entstellungen des Gesichtes, die den Umgang mit Menschen erschweren	20 bis 50 v. S.
Verlust beider Hoden, des männlichen Gliedes oder der Gebärmutter	30 vom Hundert
Verlust der Milz oder einer Niere	20
Widernatürlicher Harn- oder Darmstiel	20
Verlust des Afterstiefels; starker Mastdarm- vorfall	20

Andere Körperschäden, die den hier aufgezählten gleichzuachten sind, sind entsprechend zu berücksichtigen. Die Beeinträchtigung der körperlichen Unversehrtheit allein wird nicht höher bewertet als eine Minderung der Erwerbsfähigkeit um 50 vom Hundert, auch wenn mehrere Schäden zusammentreffen.

Die Aufzählung der Gliederverluste und die dafür ausge- setzten Entschädigungen, nach Prozenten berechnet, sie bilden eine erschütternde Illustration zu den Segnungen, die das Stahlbad des Krieges der Menschheit gebracht hat.

Die Bewucherung des Staates

Gute-Hoffnungshütte

Eine Anzahl Zeitungen, die der Schwerindustrie nahe stehen, darunter die „Post“, haben in einem Artikel dem Reichs- abwicklungsamt „Bestrebliche Geschäftspraktiken“ vorge- worfen, weil das Amt gegenüber der „Gute-Hoffnungshütte“ ein unläutereres Verhalten an den Tag gelegt haben soll. Das Reichsabwicklungsamt wehrt sich in einer Zuschrift an Wolffs Bu- reau gegen diesen Vorwurf, wobei allerlei beachtenswerte Tat- sachen über die Bewucherung des Staates durch die Schwerindustrie während des Krieges und in späterer Zeit ans Tageslicht kommen. Das Reichsabwicklungsamt hat Ange- stellte der Gute-Hoffnungshütte als Prüfer engagiert und da- durch ist ein gewaltiger Beitrag des großen westfälischen Wertes aufgedeckt worden. In ihrem Zeitungslampfen bezeichnen die Schreiber der Schwerindustrie dieses Vorgehen des Angestellten als einen Treubruch, was das Reichsabwicklungsamt, unseres Er- achtens mit Recht, zurückweist.

Sachlich wird in der Verlautbarung des Reichsabwicklungsamtes als endgültig feststehend bestätigt, daß die Gute-Hoffnungshütte dem Kriegsamt schlechte und unbrauchbare Werkzeuge in Rechnung gestellt hat. Die Zuschrift des Amtes besagt weiter:

„Das Wesentliche bei der ganzen Angelegenheit sind aber nicht die durchaus ordnungsmäßigen, amtlichen Verhandlungen des Reichsabwicklungsamtes mit den Angestellten, sondern die Be- wucherung des Reichs durch die Gute-Hoffnungshütte und die Ausbeutung der Notlage während des Krieges und der Nachkriegs- situation. Alle die bisherigen Behauptungen, daß die Gute- Hoffnungshütte dem Reichsamt unbrauchbare Geräte ange- bracht hat, werden aufrecht erhalten. Trotz aller Abnahmebe- scheinigungen hat die Gute-Hoffnungshütte minderwertige und unbrauchbare Geräte zur Ablieferung gebracht. Inwiefern die Abnahmekommandos sachlich gehandelt haben oder durch die Gute-Hoffnungshütte selbst irreführt worden sind, wird die Untersuchung ergeben.“

Zu einer ordnungsmäßigen strafrechtlichen Untersu- chung ist es bisher noch nicht gekommen. Der Versuch des Reichsabwicklungsamtes, eine Untersuchung durch seine eigenen Prüfer auf Grund der Berechnungen über die Auskunftspraktik vorzunehmen, ist durch die Gute-Hoffnungshütte vereitelt worden. Die Gute-Hoffnungshütte hat die Vorlage des Prüfungsmaterials verweigert, nachdem sie zuerst die Vorlegung zugesagt hatte. Aber, schreibt das Abwicklungsamt weiter, bereits die erste Stichprobe ergab, daß die Gute-Hoff- nungshütte für ca. 800 000 Mark zur Seemannherstellung erhaltene Kupferbänder bisher keine Zahlung gestellt hatte. Als die Gute- Hoffnungshütte verkla, daß der Staat berechtigt für sie wurde, hat sie die Untersuchung, die gerade erst begonnen hatte, in skroffer Form unterbrochen. Unwahr ist die Behaup- tung, daß die Gute-Hoffnungshütte dem Beamtigen des Reichs- abwicklungsamtes amtliches verlangte Material vorgelegt hat. Die Gute-Hoffnungshütte hat im Gegenteil mündlich und schrift- lich die Fortführung der erst eingeleiteten Prüfung verboten. De- her ist auch die Behauptung der Gute-Hoffnungshütte, die Auf- hebung durch das Reichsabwicklungsamt habe nichts Wesentliches ergeben, unwahr. Im Gegenteil, alle Behauptungen des ersten

Kritik des „Vorwärts“ über den Schwerindustriellen Wucher wer- den sachlich anrecht erhalten. Wenn die Gute-Hoffnungshütte in dem Gefühl der Unschuld sich mit Händen und Füßen gegen eine Untersuchung gestäubt hat, so werden abseits Denkende darin das schlechte Gewissen erblicken.

Das alles, was das Reichsabwicklungsamt hier sagt, ist schön und gut. Aber mit allem ist die Frage nicht beantwortet, warum eine ordnungsmäßige strafrechtliche Untersuchung bisher unterblieben ist. Wie erwarten sie auf dem schnellsten Wege, Ober will sich die Reichsbehörde noch länger von der Wucher- gesellschaft an der Nase herumführen lassen?

Vermehrter Raubbau

Der sächsische Landesohlenkommissar teilt mit, daß die Kohlenverlängerung Sachsens nach wie vor ungünstig sei. Die sächsische Industrie könne die vorliegenden großen Aus- landsaufträge nicht erledigen und infolgedessen könne auch keine Besserung in der Erwerbslosenfürsorge eintreten. Trotz dringen- der Vorstellungen in Berlin sei eine Hilfe von dort nicht zu er- warten. Sachsen habe daher nur die einzige Möglichkeit sich selbst zu helfen. Nur durch die achtstündige Arbeitszeit könne die Kohlenförderung erhöht werden. Der Landesohlen- kommissar werde sich daher in den nächsten Tagen in Begleitung von Vertretern der Ministerien nochmals in das Reich und Lugan-Delesinger Revier begeben und trotz der für die sächsischen Bergarbeiter schwierigen Gruben- und Abbauverhältnisse auf eine Verlängerung der Arbeitsdauer hinarbeiten lassen.

Die Arbeiter des Zwickauer und Lugan-Delesinger Reviers wer- den dem Landesohlenkommissar hoffentlich die richtige Ant- wort geben. Sie werden ihm deutlich zu verstehen geben, daß eine Erhöhung der Produktion allein durch den vermehrten Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft auf den entscheidendsten Widerstand der Arbeiter stoßen wird. Wenn der Herr Landes- ohlenkommissar von den Produktionsmöglichkeiten im Bergbau keine Ahnung hat, wenn ihm insbesondere die Sozialisie- rung des Bergbaues und die Verbesserung der technischen Hilfsmittel zur Hebung der Produktion unbekannte Dinge sind, dann soll er seinen Posten verlassen. Man muß von einem Beamten in leitender Stellung heute erwarten, daß er die Schwierigkeiten des Wirtschaftslebens nicht mit albernen Gemeinplätzen zu er- ledigen sucht.

Ein neuer Milliardenkredit

Ein dem Reichstage zugewandener Gesetzentwurf soll dem Reichs- finanzministerium die Ermächtigung erteilen, zur Bekämpfung ein- maliger außerordentlicher Ausgaben 12 Milliarden, außerdem 4,7 Milliarden zur Deckung des Eisenbahndefizits und 6 Milliarden zur Ausführung des Friedensvertrages flüssig zu machen.

Ein Wucherergesetz

Die kaiserliche Regierung veröffentlicht einen Kautz, in dem sie bekannt gibt, daß sie sich gezwungen sehe, die Strafen gegen Schieber und Wucherer bis zum Erlaß entsprechender reichs- gesetzlicher Vorschriften durch einstweilige Anordnungen beträchtlich zu erhöhen. Nach der gleichzeitig erschienenen Verordnung wird derjenige, der sich in Verletzung der Bestimmungen schuldig macht oder aus diesen Umständen ein Gewerbe macht oder die Versorgung der Bevölkerung mit Gegenständen des täglichen Be- darfs erheblich gefährdet, mit Zuchthaus von 1—15 Jahren und zugleich mit Geldstrafe von 100 000 M. bis zu einer Million be- straft. Neben der Strafe ist auf Einziehung des gesamten Ver- mögens, auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Stellung unter Polizeiaufsicht zu erkennen. Dem Täter ist der Betrieb seines Handels oder Gewerbes und jeder andere Handel oder Ge- werbetrieb zu untersagen.

Verleumdungen gegen braunschweigische Minister. Das Presseamt des braunschweigischen Staatsministeriums schreibt: „Das Staatsministerium ist nicht gewillt, Beschimpfungen seiner Mit- glieder zu dulden. Gegen einen Beamten der Ortshofenstraße namens Otte, welcher die Behauptung verbreitet haben soll, Minister Junke mache Kohlenlieferungen, ist die Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet worden. Ebenso wird gegen einen Frei Krappitz verfahren werden, der gestern in einer öffentlichen Volksversammlung dem braunschweigischen Mini- sterium Scheldungen und Korruption vorgeworfen hat. Auch gegen die Urheber und Verbreiter des Gerüchtes, Minister Sepp Dörler verführe in einem gewissen Weinlokal in Magdeburg, soll in entsprechender Weise eingeschritten werden.“

Aus der Wirtschaft

Aus die Dividendenmühle

Der Abschluß der Caprio und Klein A. G. in Bentrath, die der Friedrich Krupp A. G. nahesteht, zeigt eine außerordent- lich große Gewinnsteigerung. Dem Unternehmen verbleibt — neben den gewöhnlichen Verschönerungen — ein Reingewinn von 3 712 648 gegen 264 070 Mark im Vorjahre. Das entspricht nicht weniger als einer Verdierzehnfachung des Gewinnes. Die Dividende wird auf 25 Prozent festgelegt.

Ferner beantragen Dividenden: Westfälische Kupfer- und Messingwerke A. G. vorm. Casp. Koell. Lüdenscheidt 18 (A. B. 12) Proz.; Dr. Kasserer & Co. Kasselwerk A. G. in Berlin 10 Prozent; Eisenhüttenwerk Kensa bei Rastau A. G. 10 Prozent (in den letzten zehn Jahren 0 Prozent); Wagn- medes A. G. für Stahl- und Eisenindustrie in Berlin 25 (15) Pro- zent, sowie eine Sondervergütung von 100 Mark für jede Aktie, zusammen also 35 Prozent; Werkzeugmaschinenfabrik Gildemeister & Co. A. G. in Bielefeld 22 Prozent; Mühle Rüdingen A. G. in Braunschweig 22 1/2 Prozent.

Was aus dem Trümmerfeld der deutschen Wirtschaft nicht alles herausgeholt ist?

Gute Zeiten für Aktionäre

Die rheinischen Stahlwerke A. G. in Duisburg-Meiderich haben für das sechsen abgelaufene Geschäftsjahr 1919-20, in dem fast das gesamte Wirtschaftsleben in Deutschland aufs schwerste niedergedrückt, in dem die Arbeitslosigkeit einen geradezu katastrophalen Charakter annahm, den fast 25 Jahren höchsten Gewinn gemacht. Der Ver- treibergewinn hat sich gegen das Vorjahr mehr als verdreifacht, er ist von 8,2 Millionen auf 50 Millionen Mark gestiegen. Das Al- tienkapital beträgt 65 Millionen Mark. Im vorigen Jahre wurde eine Dividende von 6 Prozent ausgeschüttet, die sich für das letzt- verlossene Geschäftsjahr auf 20 Prozent erhöhte. 12 Millionen wurden abgeschrieben und 23 Millionen für spätere Verwendung zurückgestellt. Im vorigen Jahre mußten von dem zur Ausschüttung der 6 Prozent Dividende erforderlichen Beträge von reichlich 3 1/2 Millionen Mark 2 1/2 Millionen aus den Rücklagen herangezogen werden. In diesem Jahre wurden 13 Millionen Mark verteilt, 25 Millionen zurückgestellt, dem Fullkassenamt statt 2 000 M. im Vor- jahre 800 000 M. ausgeschrieben. Kräfte kann wohl kaum in Er- scheinung treten, wie sehr kapitalistische Produktionsweise und ge- sellschaftliches Wohlergehen in Widerspruch zueinander stehen. Wo- raus sich für den Profitieren die zwingende Schlussfolgerung er- gibt, den Kampf gegen den Kapitalismus will allen zu Schade beenden. Kräfte zu einem klugen Ende zu führen.

Ministerreden im Reichstag

Stille vor dem Sturm

Der Reichstag hat gestern die Behandlung des Etats für das Jahr 1920 begonnen. Wohlgerichtet für das Jahr 1920. Das Rechnungsjahr beginnt am 1. April, und es sind also in dem Moment, wo der Volksvertretung der Haushaltsplan vorgelegt wird, bereits sieben Monate abgelaufen. Man hat sich mit Notetats über die Schwierigkeiten hinweggeholfen, und was jetzt noch kommt, ist im Grunde nur eine Nachlese.

Gestern kamen der Reichsminister und der Reichsfinanzminister zum Wort. Was sie vortrugen oder vielmehr vorlasen, erregte kaum die Aufmerksamkeit des Hauses. Der Minister Wirth bemühte sich immer wieder, das Interesse auf unser Finanzfeld hinzuwenden. Er wandte sich an die Abgeordneten mit Bitten und Beschwörungen. Aber über der Verammlung lagerte eine Gleichgültigkeit, die nur hin und wieder durch einen Juchz unterbrochen wurde. Selbst die fürchterlichen Ziffern, mit denen Herr Wirth die Verschuldung der Republik illustrierte, übten kaum eine Wirkung aus.

Die Schuldenlast beträgt am heutigen Tage 288 Milliarden, und es ist sicher damit zu rechnen, daß diese ungeheuerliche Summe bis zum Ablauf des Finanzjahres mindestens auf 330 Milliarden angewachsen sein wird. Aber das Volk und der Reichstag ist gegen solche Ziffern abgestumpft. Eine Handvoll Milliarden spielen keine Rolle mehr. Diese Empfindung ist begreiflich, denn so lange sich die Regierung lediglich auf die billige Mahnung zur Sparbarkeit beschränkt, die ja zuletzt doch von denen, die es angeht, am wenigsten beachtet wird, kann sie nicht erwarten, daß ihre Wiederholungen das Volk und seine Vertreter der Leihargie, in die sie verfallen sind, entreißen.

Weit eintöniger noch und weit einschläfernder als die Rede des Finanzministers wirkte die des Reichskanzlers. Er bot uns einen unendlich trodenen Vortrag.

Die Monotonie seiner Darlegungen wurde an einer Stelle ein wenig unterbrochen. Das war, als er auf den russischen Bolschewismus und die deutschen Kommunisten zu sprechen kam. Der Verlauf des Parteitag von Halle, insbesondere die Spaltung der Partei und die Schwächung der Kampfkraft des Proletariats hat der Regierung Mut gemacht, zunächst in ihren Worten entschiedener aufzutreten, und dem Bolschewismus den Kampf anzujagen. Fehrenbach berief sich auf die Aussagen unserer aus Rußland zurückgekehrten Genossen, auf die Rede Sinowjews und die Beschlüsse der Wehrheit von Halle. Anscheinend hat Herr Fehrenbach in seiner Naivität geglaubt, unsere Zustimmung zu seiner Kritik des Bolschewismus zu erhalten. Aber das zeugt nur von einem Mangel an politischer Urteilsfähigkeit. Denn sonst könnte er sich nicht darüber täuschen, daß unsere Kritik an dem Bolschewismus von ganz anderen Voraussetzungen ausgeht als die seine. Wir stehen auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus, er auf dem Boden der bürgerlichen Weltanschauung, die den Sozialismus in jeder Form verdammt und die russischen Methoden nur zum Vorwand nimmt, um sich den Emanzipationsbestrebungen des Proletariats überhaupt zu widersetzen. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien scheinen vergessen zu wollen, daß wir den Bolschewismus als unweidmähige Methode ablehnen, weil wir gerade in dem Bürgerturn den Hauptfeind sehen.

Mit dem größten Mißtrauen und dem Willen zur entschiedenen Abweisung erfüllt uns deshalb auch die Ankündigung eines energischen Vorgehens gegen diejenigen, die nach Fehrenbachs Versicherung den Bürgerkrieg predigen. Der Reichsminister erklärte, daß die Schaffung von Ausnahmemaßnahmen nicht beabsichtigt sei. Will man sich aber im Rahmen der bestehenden Gesetze halten, was sollen dann diese ganzen Tiraden? Sie können dann höchstens den Sinn haben, daß die Gerichte zu einem besonders scharfen Vorgehen gegen die Verkünder kommunistischer Lehren angestachelt werden sollen. Ausnahmemaßnahmen sind für den bürgerlichen Staat nicht notwendig, wenn die durch solche

Darlegungen vom Regierungstisch ermunterte und gedeckte Rechtsprechung die Schärfe der bestehenden Gesetze in erster Linie gegen die Revolutionäre von links lehrt. Wir wollen aber Herrn Fehrenbach keinen Zweifel daran lassen, daß er uns in der schärfsten Opposition finden wird, wenn er die Kommunisten als „außerhalb der Rechtsordnung stehend“ zu behandeln gedenkt. Eine bürgerliche Regierung, die stets den Terror angewendet hat, die mit Kosmemethoden gegen die revolutionäre Arbeiterschaft vorgegangen ist, beugt überhaupt nicht das moralische Recht, gegen den angeblichen Terror anderer vorzugehen. Nur wir, die wir den Terror von rechts stets mit aller Entschiedenheit abgelehnt haben, haben auch jetzt das Recht, den Terror von links zu verurteilen. Es wäre im übrigen auch eine unglaubliche Dummheit, wenn die Regierung sich auf diese schiefe Ebene — die Verfolgung kommunistischer Bestrebungen durch Polizeimaßnahmen — begeben würde. Erreichen würde sie damit gar nichts. Wir wenden uns deshalb mit aller Schärfe gegen jede Absicht, politische Meinungen mit anderen als geistigen Argumenten zu bekämpfen.

So langweilig deshalb die gestrigen Reden waren, so lassen sie doch die Erregung ahnen, die uns bevorsteht. Es herrscht die Stille vor dem Sturm. Wenn das Parlament die Mitteilung über unsere wirtschaftliche Lage stillschweigend und gleichmütig hinnimmt, so wird das leidende Volk seine Stimme erheben, und die Minister werden bald erfahren, daß man zwar gegen ihre Worte abgestumpft ist, daß aber die Tatsachen, von denen sie sprechen, die aufreizendste Wirkung ausüben. Und wenn die Regierung dann versuchen sollte, ihre staatsverhaltenden Absichten, so wie es Fehrenbach andeutet, in die Wirklichkeit umzusetzen, dann wird sich nicht im Parlament, aber draußen vor seinen Toren ein Widerstand erheben, von dem sie heute wahrscheinlich noch nicht träumt. Greift das Proletariat unmittelbar in die Debatte ein, dann ist es mit der Verschauflucht zu Ende, und weder die weinerliche Beredsamkeit des Reichsfinanzlers noch die ersten Mahnungen eines Finanzministers, der die Dinge darzustellen, aber nicht zu meistern versteht, werden die herandraufenden Wogen dann beschwören.

Der Sitzungsbericht

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Interpellationen über die Entwaffnung der Bevölkerung und über die Vernichtung der Diesel-Motoren. Sie werden mit dem nächsten Punkte der Tagesordnung der ersten Lesung des Haushaltsplans, verbunden.

Reichsminister Fehrenbach: Als wir im Sommer auseinandergingen, hatten wir die Aussprache über Spaa hinter uns. Unheimlich lastete auf uns allen der Druck des neuen Abkommens. Unsere Lage ist die: Wir sind

militärisch gedrohen, politisch hilfegebt

und ringen wirtschaftlich nach dem längsten Leben. Ein Volk in dieser Lage darf keinem Abenteuer ausgesetzt werden. Jeder kleine Fehler kann die schwersten Konsequenzen zur Folge haben. Daraus ergibt sich die Mahnung zu ruhiger und wachsender Besonnenheit. Der Friede von Versailles bringt es mit sich, daß zahllose Kommissionen in deutschen Ländern tätig sind. Ihnen sind Aufgaben gestellt, deren Durchführung viel Peinliches für uns hat. Im Ertragen dieser Dinge können wir würdig sein. Wir dürfen niemand gegenüber diese Würde außer Acht lassen. Versätze gegen diese Forderung, insbesondere gegen die international gewährleisteten Rechte von Vertretern fremder Staaten müssen wir bitter hüten. Ein Fehler, der uns in den politischen Abgrund gestürzt hätte, wäre es gewesen, wenn wir uns hätten verteilten lassen, in den

russisch-polnischen Krieg

einzutreten. Es gab nur eine Parole für uns, die Parole der strengsten Neutralität. In Versuchen hat es nicht geheißen, Deutschland von den Wegen abzuführen, die es im eigenen nationalen Interesse gehen mußte. Heute werden auch diejenigen Schichten der Bevölkerung, die mit fieberhaftem Anteil dem Vormarsch der Sowjettruppen gefolgt sind, es der deutschen Regierung danken, daß sie, unbeeinträchtigt durch Phantasmagorien ihren geraden Weg verfolgte. (Sehr richtig!) Vielleicht haben sich auch diejenigen nicht ganz klar gemacht, die schließlich danach verlangten, daß wir dem Gewaltakt der Polen in Oberschlesien mit Gewalt begegnen sollen.

Unsere Abrüstungsmaßnahmen gehen ihren geordneten Gang, so schwierig dieses Problem auch ist. Wir haben uns genau an das halten müssen, was uns auferlegt ist.

Einen deutschen Militarismus gibt es nicht mehr.

(Lachen bei den Unabhängigen.) Wenn draußen in der Welt noch immer gelegentlich versucht wird, den blutigen Schatten des deutschen Militarismus zu beschwören (Juchz bei den Unabhängigen: Er ist sehr blutig!), so ist es nur, um eigene militärische Pläne zu decken. (Sehr gut!) Dagegen besteht wohl ein Anspruch Frankreichs auf die Hegemonie auf den Kontinent. Sie haben die Ziffern gelesen, die neulich über Frankreichs Heeresstärke mitgeteilt sind. Es ist eine gewaltige Militärmacht, verstärkt durch die Rechte aus der Militärkonvention mit Belgien und aus dem engen Verhältnis zu Polen. Von deutscher Seite ist kein Hindernis mehr, um dem großen Gedanken der Abrüstung überall zum Siege zu verhelfen. (Beifall.) Wir warten darauf, daß die großen Militärmächte von heute dem Beispiel folgen, das wir nach ihrem Willen kundgegeben haben.

Mit Befriedigung möchte ich immerhin feststellen, daß gerade der

Fortgang der Entwaffnungsaktion

als ein Zeichen innerer Beruhigung unseres Volkes zu unseren Gunsten gebucht werden kann.

Sobald die Kohlenfrage: Wir sind bisher nicht hinter dem zurückgeblieben, was verlangt wird. Unabhängig ist im Kohlenbergbau gearbeitet worden, die deutschen Wirtschaftsinteressen haben zurückstehen müssen und jetzt ist ganz Frankreich überreichlich mit Kohlen versorgt. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!)

Am handgreiflichsten zeigt sich immer wieder in der Otkupation unsere Bedrängnis. Sie kennen die geradezu trostlosen Zahlen.

In Spaa wurde uns zugesagt, daß auf einer neuen Konferenz die

Frage der Reparation

behandelt werden sollte. Noch heute warten wir auf Erfüllung dieser Zusage. (Hört, hört!) Inzwischen sind Verhandlungen eingeleitet worden, deren Gang und Ergebnis uns darüber aufflären wird, ob diese wichtige Frage, die entscheidend für das Wirtschaftsleben ganz Europas ist, im Sinne einer Verständigung einer Lösung nähergebracht werden soll. Noch heute wissen wir nicht, welche Grenzen das Deutsche Reich nun endgültig haben wird. Das Schicksal Oberschlesiens harret noch der Entscheidung. Der polnische Vergeltungswahn, der nach allen Seiten aggressiv vorgeht, macht sich mit den brutalsten Mitteln an diesem alten deutschen Besitz bemächtigt. Unsere Landsleute in Oberschlesien aber werden fest sein, so hoffen wir zuversichtlich, in der Treue zum Reich. (Bravo!) Den besonderen Verhältnissen Oberschlesiens werden wir Rechnung tragen. Dem Reichstag wird demnächst ein Gesetzentwurf zugehen, der der obereschlesischen Bevölkerung das Recht einräumt, in unbefristeter Abstimmung über ihre bundesstaatliche Selbständigkeit zu beschließen.

Wir stehen mitten in einer

Ernährungsnotlage

und es wird vieler Mühen bedürfen, um unserer Bevölkerung über die Schwierigkeiten des Winters hinwegzuhelfen. Die Angriffe, als trage das gegenwärtige Kabinett die Schuld daran, greifen völlig fehl. In der Reichspolitik hat dieses Kabinett lediglich die Erbschaft seiner Vorgänger übernommen. Der Abbau der Zwangswirtschaft ist, soweit er beschlossen wurde, doch nur der Ausdruck für die Tatsachen gewesen, daß die Zwangswirtschaft längst zusammengebrochen war. (Sehr wahr!) Die sehr interessanten Auseinandersetzungen zwischen dem Herren Schmidt und Willkell in Kassel entfeden mich weiterer Ausführungen. Lassen Sie mich in dieser Stunde an alle Landwirte den Appell richten, das Ihre zu tun, daß unser Volk auch diesen Winter glücklich übersteht. Es gibt keine Regierung, kein Parlament, das heute dem deutschen Volke ein Dalcin des Auskommens, der Begehrlichkeit, der Fülle schaffen kann. (Sehr richtig.) Ein Teil unserer Bevölkerung hat leider den Lehren der russischen Terroristen das Ohr geföhnet.

Die kommunistische Partei tritt handfand auf, bekennet sich zu Moskauer Gewaltgrundsätzen, geht nur durch den Bürgerkrieg. (Sehr richtig.) Wer zu Moskau schwört, muß sich klar sein, daß er damit die Verpflchtung auf sich nimmt, den Umsturz des Reiches durch blutige Gewalt und Bürgerkrieg herbeizuföhren. (Sehr richtig.) Er stellt sich damit außerhalb der Rechtsordnung, die wir mit den gesetzlichen Mitteln in so schünen Verantwortlichkeit sind. (Bravo! Lebhaftes Juchz links. Rufe rechts: Ruhe.) Sparfamkeit ist ein Gebot für eine pflichtbewusste Regierung. Unser Programm geht dahin, in Industrie und Landwirtschaft alle Kräfte zur Wiederherstellung der deutschen Arbeitsfähigkeit mobil zu machen und den höchsten Ruhestoff zu erzielen.

Hunger

Roman von Knut Hamsun.

17]

Ich legte mich wieder, um zu versuchen, ob ich nicht schlafen könne, in Wirklichkeit aber, um mit der Dunkelheit zu kämpfen. Der Regen hatte aufgehört, und ich vernahm keinen Laut mehr. Eine Zeitlang horchte ich noch auf Fußtritte in der Straße, und gab mich nicht eher zufrieden, als bis ich einen Fußgänger vorübergehen hörte, nach dem Ton zu urteilen, ein Konstabler. Wöhtlich knipste ich wiederholt mit den Fingern und lachte. Den Teufel auch! Ha! — Ich bildete mir ein, ein neues Wort gefunden zu haben. Ich richtete mich im Bette auf und sagte: „Das gibt es nicht in der Sprache, ich habe es erfunden, Kuboaa. Es hat Buchstaben wie ein Wort, beim süßesten Gott, Mensch, du hast ein Wort erfunden... Kuboaa... von großer Bedeutung...“

Mit offenen Augen, erstaunt über meinen Fund, lähe ich da und lasse vor Freude. Dann fange ich an zu schlafeln; man könnte mich belauern, und ich gedachte meine Erfindung geheim zu halten. Jetzt war ich in den fröhlichen Wahnwitz des Hungers geraten; ich fühlte mich leer und schmerzfrei, und meine Gedanken waren zügellos. Ich gehe still mit mir zu Rate. Mit den sonderbarsten Gedankensprüngen verfolge ich die Bedeutung meines neuen Wortes zu erforschen. Es brauchte weder Gott noch Tivoli zu bedeuten, und wer hatte gesagt, daß es Tierchau bedeuten sollte? Wenn ichs recht bedachte, war es nicht einmal absolut notwendig, daß es Vorlegeschloß oder Sonnenaufgang bedeutete. Für solch ein Wort einen Sinn zu finden, war nicht schwer. Ich würde warten und es darauf antommen lassen. Inzwischen konnte ich ja noch darüber schlafen.

Ich liege auf der Britsche und lache, sage aber nichts, weder dafür noch dawider. Es vergehen ein paar Minuten und ich werde nervös, das neue Wort plagt mich unaufhörlich, kommt immer wieder, bemächtigt sich zuletzt meines ganzen Denkens und macht mich ernst. Ich war einzig über das, was es nicht bedeuten sollte, hatte aber noch nicht beschlossen, was es bedeuten sollte. Das ist eine Nebenfrage! sage ich laut zu mir selbst. Das Wort war Gott sei Dank gefunden, und das war die Hauptsache. Der Gedanke aber plagt mich endlos und hindert mich am Einschlafen: nichts war mir gut genug für

dies außergewöhnlich seltene Wort. Endlich richtete ich mich wieder im Bette auf, umklammerte meinen Kopf mit beiden Händen und sagte: Nein, das ist ja gerade das Unmögliche, Auswanderung oder Tabakfabrik kann man nicht damit bezeichnen! Hätte es etwa Derartiges bedeuten können, so hätte ich mich ja längst dazu entschlossen und die Folgen getragen. Nein, eigentlich war das Wort geeignet, etwas Seelisches zu bedeuten, ein Gefühl, einen Zustand — konnte ich das denn nicht einsehen? Und ich besinne mich, um etwas Seelisches zu finden. Wöhtlich kommt es mir vor, als ob jemand spräche, sich in mein Gespräch mischt, und ich entgegne wütend: Wie beliebt? Nein, solch einen Dioden gibt es auf der ganzen Welt nicht mehr! Stridgarn! Scher dich zur Hölle. Jetzt muß ich aber wirklich lachen! Wenn ich fragen darf: Weshalb bin ich verpflichtet, es Stridgarn zu bedeuten zu lassen, wenn ich speziell etwas dagegen habe, daß es Stridgarn heiße? Ich selbst hatte das Wort erfunden, und ich hatte das gute Recht es bedeuten zu lassen, was ich wollte. Soviel ich wußte, hatte ich mich noch nicht endgültig ausgesprochen...“

Aber mein Gehirn geriet immer mehr in Verwirrung. Zuletzt sprang ich aus dem Bette, um die Wasserleitung zu suchen. Ich war nicht durstig, aber mein Kopf brannte im Fieber, und ich spürte ein instinktmähiges Verlangen nach Wasser. Als ich getrunken hatte, ging ich wieder zu Bett und verfluchte mit Wacht und Gewalt einzuschlafen. Ich schloß die Augen und zwang mich ruhig zu sein. So lag ich mehrere Minuten ohne eine Bewegung zu machen, ich geriet in Schweiß und fühlte, wie mir das Blut stöckweise heftig durch die Adern fuhr. Nein, es war doch zu kostbar, daß er das Geld in der Tüte suchte! Er hustete auch nur einmal. Ob er wohl noch dort unten ging? Auf meiner Bank sah... Der blaue Perlmutter... die Schiffe...“

Ich öffnete die Augen. Wie konnte ich sie denn auch geschlossen halten, wenn ich nicht einzuschlafen vermochte? Und daselbe Dunkel brütete um mich her, dieselbe unergründliche, schwarze Ewigkeit, gegen die meine Gedanken sich aufhäumten und die sie nicht zu lassen vermochten. Womit sollte ich sie vergleichen? Ich machte die verzweifeltsten Anstrengungen, um ein Wort zu finden, das schwarz genug war, um dieses Dunkel zu bezeichnen, ein Wort, so grauam schwarz, daß es meinen Mund schwärzte, wenn ich es aussprach. Herr Gott, wie dunkel es war! Und das machte, daß ich wieder an den Hafen und an die Schiffe denken mußte, diese schwarzen Un-

geheuer, die draußen lagen und auf mich warteten. Sie wollten mich an sich ziehen und mich festhalten und mit mir über Land und Meer segeln, durch dunkle Reiche, die noch kein Mensch geschaut. Ich glaube an Bord zu sein, fühle mich ins Wasser hinabgezogen, in den Wolken schwebend, sinkend, sinkend... Ich stoße einen heiseren Angstschrei aus und klammere mich an das Bett fest; ich hatte eine gefährliche Reise gemacht, war durch die Luft gefaßt wie ein Bündel Zeug. Wie erlöst kam ich mir vor, als ich mit der Hand auf die harte Britsche schlug! So ist das Sterben, sagte ich zu mir, jetzt wirst du sterben! Und ich lag eine kurze Weile und dachte, daß ich jetzt sterben müsse. Endlich richtete ich mich im Bette auf und frage streng: Wer sagt, daß ich sterben muß? Wenn ich das Wort erfand, habe ich auch das gute Recht, selbst zu bestimmen, was es bedeuten soll... Ich hörte, daß ich phantasierte, hörte es noch, während ich sprach. Mein Wahnsinn war ein Delirium aus Schwäche und Ermattung, aber ich war nicht besinnungslos. Und wöhtlich fuhr mir der Gedanke durchs Hirn, daß ich wahnhaft geworden sei. Von Angst gepackt, springe ich aus dem Bette. Ich taumelte nach der Tür, die ich zu öffnen versuche, werke mich ein paar mal dagegen, um sie zu sprengen, renne mit dem Kopf gegen die Wand, jammere laut, beiße mich in die Finger, weine und fluche...“

Alles war still; die Mauern warfen nur meine eigene Stimme zurück. Ich war zu Boden gesunken, außerstande, noch länger in der Zelle umherzurasen. Da gewahrte ich hoch oben, mitten vor meinem Blick ein graues Quadrat in der Mauer, einen weißen Ton, eine Ahnung — das Tageslicht. Ich fühlte, daß es das Tageslicht sei, fühlte es mit jeder Pore meines Körpers. Ah! wie köstlich ich aufatmete! Ich warf mich flach zu Boden und weinte vor Freude über diesen barmherzigen Lichtschimmer, schluchzte vor Dankbarkeit, warf dem Fenster Ruhhände zu und betrug mich wie ein Wahnstinniger. Auch in diesem Augenblick war ich mit dessen bewußt, was ich tat. Aber Rhythmus war mit einem Male verschwunden, Schmerz und Verzweiflung hatten aufgehört, und in diesem Augenblick hatte ich keinen unerfüllten Wunsch, so weit meine Gedanken reichten. Ich richtete mich auf dem Boden empor, faltete die Hände und wartete geduldig auf den Anbruch des Tages.

(Fortsetzung folgt.)

unsere Verkehrspolitik zu isolieren, unsere Finanzen zu ordnen und eine Arbeiterpolitik nach modernen und sozialen Grundbegriffen zu treiben. Die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues ist Gegenstand eingehender Erörterung im Reichshausrat und im Reichswirtschaftsrat geworden. Eine Vorlage wird Ihnen nächstens zugehen. Die noch ausstehenden Ergänzungszahlen zum Reichstage sollen gemeinsam mit den preussischen Landtagswahlen stattfinden. (Zurufe rechts: Wann?) Sollten die preussischen Wahlen sich verzögern, so würden in den Abstimmungsgebieten die Reichstagswahlen früher stattfinden müssen. Wir müssen alle Kräfte zu positiver Arbeit zusammenfassen. Wir brauchen die Treue und einmütige Mitarbeit aller Parteien. Dann werden wir erreichen, was wir alle wollen, das Wohl von Volk und Reich. (Lebhafte Beifälle.)

Reichsfinanzminister Dr. Witz:
Es ist unerhört, daß noch solange nach Unterzeichnung des Friedensvertrages unsere Finanzen noch nicht bestimmt sind. Kein Wunder, wenn nicht nur die deutsche Finanzlage sich von Monat zu Monat schmerzhaft gestaltet, sondern auch die internationale Finanzlage und das ganze Getriebe der Weltwirtschaft, die nicht in Gang kommen kann, solange die Unsicherheit hier besteht. Auf der Konferenz von Brüssel wurde wenigstens erreicht, daß über die großen Finanzfragen und ihre Zusammenhänge mit der Wirtschaft im allgemeinen eine internationale Aussprache erfolgt ist. Eine Geländung ist erst möglich, wenn eine klare Festlegung der deutschen Leistungen und der deutschen Leistungsfähigkeit gegeben ist. Sehr wichtig! Leider fehlen in dem Etat noch die Auswirkungen des

Befolgungsgesetzes,
und ich möchte an die Mitglieder aller Parteien die dringende Bitte richten, die Beratungen im Befolgungsausschuß zu fördern, damit wir unsere Beamtenklasse aus dem Zustand einer sehr bedauerlichen nervösen Unruhe herausbringen. Ich vermag heute noch nicht abzusehen, welche Aufwendungen dem Reich für die Ernährung unserer Bevölkerung noch zu Lasten fallen werden. Grundtätlich muß mit der Veranschlagung von Reichsmitteln hier möglichst bald gedrohen werden. Es ist nicht möglich, von der Gültigkeit her und zwar durch Neubund von Noten die ökonomische Lage Deutschlands zu verbessern. (Sehr richtig!) Wir kommen um zwei Grundprobleme nicht herum: wir müssen für unser Volk das nötige Brot schaffen. Außerdem müssen wir dafür sorgen, daß das geistige Leben Deutschlands, seine Wissenschaft und seine Fortschritte nicht ganz zum Stillstand kommen.

Die Schuld Deutschlands
Ist sich heute aus folgenden Beiträgen zusammen: Fundierte Schuld 91 Milliarden, schwabende Schuld 157,2 Milliarden, darunter distanzierte Schahausweisungen 138 Milliarden, Zahlungsverpflichtungen mit Schahausweisungen 11,3 Milliarden, Sicherheitsleistungen mit Schahausweisungen 7,3 Milliarden. Dazu kommen die Aufwendungen des Reiches gemäß § 59 des Steuergesetzes mit 14,5 Milliarden, das sind zusammen 282,0 Milliarden. Hinzuzurechnen ist noch der zu verzinsende Restbetrag der Eigenbahnschuld mit 25 Milliarden; also alles zusammen abgerundet 288 Milliarden beträgt heute die Schuld des Reiches. In den 67 Milliarden Gehaltsbeiträgen, die teilweise heute schon in die schwabende Schuld übergegangen sind, werden mindestens bis Ende dieses Jahres noch 30 Milliarden hinzukommen. Noch nicht genannt sind die für die Erhöhung der Beamtengehälter, Ruhegehälter usw. benötigten Milliarden. Bis Ende des Rechnungsjahres wird sich die Schuld um etwa 40 Milliarden Kraft erhöhen. Entsprachen der Einwertung des Geldes war der Bedarf des Reiches inzwischen gestiegen. Abzüglich der Ueberweisungen an die Länder stellt sich der Bedarf des Reiches auf 30,3 Milliarden Mark. Zu Vollan des Krieges sind im ganzen 10,7 Milliarden anzunehmen. Das uns auszuwanzende Geldnetzwerk wirkt der so notwendigen Sparmaßnahme direkt entgegen. Ein Vollstrecker ist sparsamer als ein Soldnerherr. In der Vorzeit betrugen

die Gehaltslisten für einen Soldaten 1200 M., gegenwärtig 2460 M.

(Lebhaftes Hört, Hört!) Schon diese wenigen Beispiele zeigen, wie der Reichsbedarf durch die Kriegswirkungen emporgeschraubt ist. — Die außerordentlichen Ausgaben des engeren Haushautes zeigen einen Bedarf von 11,2 Milliarden Mark. Die Ausgaben für außerordentliche Heereskosten 1,7 Milliarden, für Wohnungsdanten, Bergarbeiterernährung usw. (drei Milliarden) werden im nächsten Etat fast wesentlich verringert. Die Ausgaben für Erwerbslosenfürsorge, Wohnungsdanten usw. werden erheblich steigen. — An forstständigen Steuern und Abgaben sollen 32,5 Milliarden auskommen, an einmaligen 4,5 Milliarden, insgesamt 37,0 Milliarden, so daß sich ein Ausgleich der ordentlichen Einnahmen und Ausgaben — auf dem Papier erzielt. Das Einkommen der Einkommensteuer ist auf 12,9 Milliarden veranschlagt. Von der Ermittlung der Einnahmen im nächsten halben Jahre hängt die Frage der

Befähigung neuer Steuern
wesentlich ab. Außerordentlich erschwert wird die Lage des Reiches durch die Forderungen des Friedensvertrages. 41 Milliarden sind aus der Durchführung des Friedensvertrages und an Kosten der Disposition erforderlich. (Lebhaftes Hört, Hört!) — Die Fertigstellung des dritten Etats des Haushalts der Betriebsverwaltungen hat sich immer wieder hinausgezögert. Die Bahn rechnet mit einem Fehlbetrag von 2 Milliarden, die Eisenbahn mit einem solchen von 16 Milliarden.
Die Betriebsverwaltungen müssen ferner vielfach Aufgaben auf sozial-politischem Gebiete erfüllen. Sie leiden außerordentlich an der

Schematischen Durchführung des Reichstagen-Tages.
Notwendig ist die Bekämpfung des Schmugglerwesens und der Korruption. Selen Sie verhindert, daß ich ohne Ansehen der Partei und der Person diesen Kampf führen werde. — Die großen Anzeichen einer Weltwirtschaftskrise sind nicht mehr zu verkennen. Auf irgendeine Weise muß das Reich auf die Haupterwerbszweige und Natursäfte, soweit sie zur Erfüllung des Friedensvertrages in Frage kommen, Einfluß gewinnen. An erster Stelle steht da die Kohle. Erster Erwägung bedarf die Frage eines allgemeinen Dienstjahres; ein solches wird infolge des Mankos von Personal für die Dauer nicht umgangen werden können. Als Volk werden wir viele Jahre Fronarbeit leisten müssen. Aus dem Gebiete der Wirtschaft müssen wir zu Taten schreiten. Vorwärts, dem Lichte und der Freiheit entgegen. (Beifälle.)
Das Haus vertagt sich. — Donnerstag 1 Uhr: Weiterberatung.

Preussische Landesversammlung

109. Sitzung, 27. Oktober 1920.
Vizepräsident Rries eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min. Das Haus ist sehr schwach besetzt.
Das Gesetz über weitere Befehle für die Kriegsmobilfahrtsausgaben der Gemeinden wird dem Hauptauschuß die Mitteilung des Justizministeriums über die Dienstverhältnisse der Justizsekretäre dem Rechtsausschuß überwiesen.
Darauf wird die zweite Beratung des Handels- und Gewerbe-Etats fortgesetzt.
Abg. Wialow (Dem.): Das Handwerk leidet sehr unter den hohen Gewerbesteuern. Deshalb treten wir für den Zentrumsantrag ein, wonach die Zuschläge für Gewerbesteuern eine bestimmte Höhe nicht überschreiten dürfen. Der Vorschlag eines Arbeitsdienstjahres ist zu erwägen. Die Löhne und Gehälter sollten auch bei uns nach Indizes festgesetzt werden, damit die Wirtschaft nicht erdrosselt wird.
Abg. Effer (Ztr.): Wir stehen auf dem Boden der Reichsverfassung, die eine Sozialisierung nur für geeignete Pri-

vatbetriebe vorsteht. Der Zusammenschluß des Handwerks zu einem Reichsverband ist zu begrüßen.
Abg. Hammer (Dem.): Diejenigen, die nichts haben, sind in der Steuerbemessung aus dem Einkommen und Vermögen anderer immer sehr reich bei der Hand. (Munche bei den Soz.) Der Finanzminister will ein Dreimilliardendebit durch eine neue Belastung des Haus- und Grundbesitzes ausgleichen. Gegen diese ungerechte Verteilung von Steuern erheben wir nachdrücklich Einspruch. Man sollte im Reich und in Preußen sofort eine Reihe Ministerien zusammenlegen. In der Steuer-gesetzgebung sollte man endlich die Handwerker und Gewerbebetriebe mehr berücksichtigen; wir verlangen ein Handwerkskammergesetz in der Art des Handelskammergesetzes. Danach vertagt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr. Beratung, Weiterberatung.

Die Angestelltenversicherung
Schlimme Zustände

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben:
Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat infolgedessen einen zweifelhaften Ruf, als sie es trotz ihres nunmehr siebenjährigen Bestehens nicht zu einer geordneten Verwaltung gebracht hat.
Nach § 183 des Versicherungsgesetzes für Angestellte soll über die eingezahlten Versicherungsbeiträge durch Marken quittiert werden. Diese Bestimmung ist jedoch niemals durchgeführt worden, die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat vielmehr die Beiträge durch die Beitragszahler gegen das Versicherungsentgelt übernommen, den Versicherer alljährlich Kontenauszüge über die geleisteten Beiträge zu übersenden. Dieses Versprechen ist nicht eingelöst worden.
Dieser Tage haben nun „die beamteten Mitglieder des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte“ Abänderungsvorschläge zu dem bestehenden Gesetz gemacht, indem sie auf den ursprünglichen Text des Gesetzes zurückgreifen und die Beiträge durch Marken quittieren wollen. Ueber die Art und Weise wie das Lohnabzugsverfahren der bisherigen Verwaltung geordnet werden soll, enthalten die Abänderungsvorschläge keinerlei Andeutungen.
Bisher wurden die Versicherer in die folgenden Gehaltsklassen eingeteilt:

Klasse A bis zu 500 M.,	Klasse B von mehr als 500 M. bis zu 600 M.,
„ C „ „ „ 800 „ „ „ 1150 „ „	„ D „ „ „ 1150 „ „ „ 1500 „ „
„ E „ „ „ 1500 „ „ „ 2000 „ „	„ F „ „ „ 2000 „ „ „ 2500 „ „
„ G „ „ „ 2500 „ „ „ 3000 „ „	„ H „ „ „ 3000 „ „ „ 4000 „ „
„ J „ „ „ 4000 „ „ „ 5000 „ „	

Nach den erwähnten Vorschlägen soll die Versicherungsgrenze auf 30 000 M. erhöht und gleichzeitig folgende Beitragsklassen neu eingeführt werden:

Klasse K von mehr als 5 000 M. bis zu 6 000 M.	L „ „ „ 6 000 „ „ „ 8 000 „ „
„ M „ „ „ 8 000 „ „ „ 10 000 „ „	„ N „ „ „ 10 000 „ „ „ 12 000 „ „
„ O „ „ „ 12 000 „ „ „ 15 000 „ „	„ P „ „ „ 15 000 „ „ „ 20 000 „ „
„ Q „ „ „ 20 000 „ „ „ 30 000 „ „	

Hinsichtlich der Beiträge ist eine wesentliche Erhöhung geplant. Der wichtigste Teil der Abänderungsvorschläge besteht für seine Urheber wohl darin, daß die beamteten Mitglieder des Direktoriums zunächst die im bisherigen Versicherungsgesetz für Angestellte vorgedachte Aussicht der Reichsregierung beizubehalten und jedoch mit dem mehr schwebenden als wirksamen Willkürbestimmungsrecht der Versicherer aufzuräumen wollen. Das Beamtenamt im bisherigen Direktorium der Reichsversicherungsanstalt will sich den anstehenden Einfluß völlig sichern. Mit welcher — man möchte beinahe sagen — Unverschämtheit dies bewerkstelligt werden soll, geht aus den Uebersetzungsvorschlägen hervor, in denen es u. a. heißt:

„Der Präsident, der Vizepräsident, die übrigen beamteten Mitglieder des Direktoriums und die sonstigen höheren planmäßigen Beamten, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes im Amte sind, gelten als auf Lebenszeit gewählt und befristet; ihre erwerbenden Rechte bleiben unberührt. Sofern sie innerhalb dreier Monate nach dem Inkrafttreten des Gesetzes das Verbleiben im Amte ablehnen, beziehen sie auf die Dauer von fünf Jahren ihr letztesverdienstes gesamtes Pensionsentgelt einschließlich der Teuerungszulagen als Wertgeld, von da ab drei Viertel dieses Gesamteinkommens als Pension. Als Teuerungszulagen für diese Beamten gelten jeweils die im Verlaufe des Wertgeldbezuges, spätestens im Zeitpunkt des Beginns der Pension, an gleichartigen Klassen der Reichsbeamten gewährten Zulagen. Die Vorschriften der §§ 57 bis 60 des Reichsbeamten-Gesetzes gelten entsprechend, ebenso finden dessen Vorschriften über die Hinterbliebenenversorgung entsprechende Anwendung.“

Höhere Beamte, denen Anwartschaften auf Stellen eröffnet sind, insbesondere durch Ernennung zum Regimentsadjutant von Reichs wegen, sind bei der Beförderung des planmäßigen Stellen zu berücksichtigen. Mit erfolgter Wahl gelten sie als auf Lebenszeit gewählt und befristet.“
Die Herren Direktoren und diejenigen, die in ähnlicher Rangstufe stehen, müssen also auch materiell für sich sorgen, um im übrigen ein beinahe unbeschädigtes Regiment über die mittleren und unteren Beamten in ihrem Betriebe auszuüben. Dieser Plan, aus der Versicherung für Angestellte eine Institution zu machen, die fast besser für die Mitglieder des Direktoriums existiert, wird von den freigeberischen Angestellten entschieden bekämpft, und zwar um so mehr, als gerade dieses Direktorium, das nach größerer Macht strebt, sich bisher als unfähig erwiesen hat, die Reichsversicherungsanstalt in einer den Wünschen der Angestellten genügenden Weise zu verwalten.

Von anderer Seite wird uns noch mitgeteilt:
„Wie aus dem Vorstehenden zu ersehen ist, hat die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte die Bedingungen des § 183 des Versicherungsgesetzes für Angestellte nicht erfüllt. Die Angestellten sind ohne jede Kontrolle darüber, ob der Unternehmer den auf ihn entfallenden Teil der Versicherungsbeiträge gezahlt hat. Wenn ursprünglich im Gesetz vorgesehen war, daß über die eingezahlten Beiträge durch Beitragsmarken quittiert werden soll, so hatte das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt den Plan, den Versicherer durch Ueberwindung von Kontenausgaben Rechnung zu legen. Es ist dies in den Jahren 1914 und 1915 auch geschehen, jedoch dann unterblieben. In dem Geschäftsbericht für 1916 der Reichsversicherungsanstalt wird begründend kurz und bündig gesagt: „Mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse muß im Berichtsjahr von einer allgemeinen Besetzung von Kontenausgaben Abstand genommen werden.“
Im Geschäftsjahr 1917 wird gesagt, daß die Besetzung von Kontenausgaben noch nicht geschehen sei, es werde jedoch mit der Besetzung für Ende 1917 in den einzelnen Buchungsstellen begonnen werden, sobald die im Jahre 1918 eingegangenen Beiträge verbucht sind und das Beitragsjahr 1917 abgeschlossen ist.“
Auch für die Jahre 1918 und 1919 wurde der Beginn der allgemeinen Besetzung von Kontenausgaben angefündet, jedoch auch nicht durchgeführt. In dem Geschäftsbericht für 1919 berichtet das Direktorium nunmehr, daß für das Jahr 1920 sämtlichen Versicherer ein Kontenausgang zugestuft werden soll. Nach den bisherigen Erfahrungen wird man nicht glauben können, daß das Direktorium das immer wiederholte, aber niemals eingelöste Versprechen erfüllen wird. Das Direktorium verläßt

unter dem Vorgeben, daß für die Versicherer die Selbstverwaltung eingeführt werden müsse, um eine Verklärung ihres Einflusses zu sichern, die nötige Bureaufkräftigung durchzuführen. Es ist deshalb Pflicht der versicherten Angestellten, dies zu verhindern, damit die Versicherer ungehindert durch die Versicherer ausgeübt wird. Der bisherige Zustand in dem Geschäftsbereich des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt ist unhaltbar geworden, den sich die Versicherer nicht mehr bieten lassen können.

Aus der Partei
Bezirk Pflauen i. V.

Am Sonntag tagte in Pflauen der Vorstand der U. S. P. D. für den Bezirk Pflauen. Die 1100 Mitglieder zählende Organisation war durch 149 Delegierte vertreten. Die Reichstagsabgeordneten Jöckel und Buchta nahmen daran teil. Genosse Herz Berlin sprach über die gegenwärtigen politischen Aufgaben. Nach einer sachlichen Debatte wurde eine Resolution angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die durch die Moskauer Bedingungen herbeigeführte Spaltung der Partei einen Schlag gegen die Kampffront der Arbeiterklasse darstellt. Die Delegierten erklären, daß mit allen Kräften für die Erhaltung der Partei einzutreten. Sie lehnen alle Versuche, die Partei in das Lager der Kommunisten überzuführen und die Taktik des Beschlusses einer fremden Exekutive zu unterordnen, entschieden ab, verpflichten sich aber, die Kampfbereitschaften der Arbeiter mit allen Kräften zu unterstützen. Von der Parteileitung wird gefordert, den Beschluß des Reichstags durchzuführen und Verhandlungen zur Schaffung einer kampfbereiten Internationale einzuleiten. Das auf dem Parteitag in Halle beschlossene Manifest wurde gutgeheißen und die Aktion zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues begrüßt. Weiter wird gefordert, sofort Verbindungen mit den Gewerkschaften herzustellen, um auch deren Mitglieder bei dem Kampf für die Sozialisierung mobil zu machen. Ab-spaltungen sind im ganzen Bezirk Pflauen nur in kleinem Umfange erfolgt, so daß die Organisation in ungehinderter Kraft den neuen Kämpfen entgegenstehen kann.

Am Sonnabend vorher sprach in einer Mitgliederversammlung in Pflauen Genosse Buchta über den Parteitag. Die Kommunisten hätten einen Korrespondenten aus Leipzig bestellt, der aber von der Versammlung abgelehnt wurde mit dem Hinweis darauf, daß die Lage genkend geklärt sei. Die Kommunisten verließen darauf den Saal; von den 450 Anwesenden schloßen sich 80 dieser Aufforderung an. Eine Resolution, die sich für die Grundzüge unserer Partei aussprach, wurde hierauf einstimmig angenommen.

Essen a. d. Ruhr

Am letzten Sonntag fand in Essen eine Funktionärskonferenz statt, die Stellung zum Parteitag nahm. Die Kommunisten Van der Werf und Werns riefen die Spaltung und feierten durch zahllose Reden die neue Situation. Genosse Steinhilber trat den Ausführungen sachlich entgegen. Die Funktionärskonferenz sprach darauf den Reichs- und Landtagsabgeordneten, die auf dem Parteitag der U. S. P. stehen, das Recht zu. Die alten Vorstände der U. S. P. stehen, die Gegner der Moskauer Bedingungen sind, wurden Mitglieder, die Gegner der Moskauer Bedingungen sind, wurden für abgelehnt erklärt. Unsere Genossen verließen darauf unter Führung des Parteivorstandes Steinhilber in einem anderen Lokal. Trotz der Tagung und Versammlung sind in einem anderen Lokal. Trotz der ungünstigen Verhältnisse in Essen erklärten sich über 60 männliche und weibliche Funktionäre für unsere Partei. Die erforderlichen Maßnahmen zur Reorganisation der U. S. P. D. im Kreise Essen wurden sofort getroffen. Von der Stadivorkonferenz traktion sind sieben Mitglieder gegen die Bedingungen und zwei dafür. Die kommunistische Leitung des „Ruhr-Echo“ lehnte die Veröffentlichung einer entsprechenden Erklärung, den sich auch die örtliche Parteileitung angeschlossen hatte, ab.
In der am Sonntag tagenden Generalkonferenz der Parteigenossen in Essen, die „Ruhr-Echo“ ergab sich eine Mehrheit für die Kommunisten, so daß unser bisheriges Organ für die U. S. P. D. verloren ist. Das Blatt hat im Verlauf der letzten Wochen durch seine demagogische Schreibweise über 5000 Leser vertrieben. Trotz der erheblichen Schwierigkeiten leben unsere Genossen der Zukunft hoffnungsvoll entgegen.

Bezirk Nordhausen

Am Sonntag, den 24. Oktober, fand in Nordhausen eine Bezirkskonferenz der früheren Reichstagswahlkreise Nordhausen, Nord und Nordb. statt. Die Organisationsleiter waren sehr zahlreich erschienen. Genosse Klein sprach über den Bericht über den Parteitag in Halle. Nach einer sehr regen Aussprache wurde gegen 2 Stimmen eine Entschließung angenommen, die sich hauptsächlich auf den Boden unserer Partei stützt.

Aus den Organisationen
4. Distrikt

Am 27. Oktober tagte in der Schulaula Mantuffeststraße die erste Generalkonferenz der Gegner der Bedingungen. Sie war, wie die vorhergehende Funktionärskonferenz, von durchweg kampfbereiten Genossen besucht. Genosse Krause gab den Bericht über den Parteitag und die augenblickliche Lage. Der Vorsitz wurde von Krause, die Kosten sind wie folgt besetzt: 1. Vorsitzender: Wenzl; 2. Vorsitzender: Bad Heiser; Kassierer: Dier und Langner; Schriftführer: Heinrich und Thiem; Revisoren: Siemert, Schaller und Genosse Kahl; Prekominmission: Schner und Bend; Frauenkriterin: Genossin Simon; Kinderkommission: Genossinnen Ditz und Weizer.

Oberschnewitz

Eine aufbelebte Generalkonferenz der U. S. P. Bezirk Oberschnewitz, nahm am Montag den Bericht vom Parteitag entgegen. Die Ergänzungswahlen zum Vorstand zeigten folgendes Ergebnis: Zum Kassierer wurde der bisherige Schriftführer, Genosse Wessan, als Schriftführer Genosse Bronau gewählt. Bezirksführer sind: Genosse Friedrich für den 1. Bezirk, Genosse Kersch für den 2. Bezirk, Genosse Jahn für den 3. Bezirk, Genosse Mottrich für den 4. Bezirk, Genosse Seidler für den 5. Bezirk.
Da der Referent Genosse Berger nicht erschienen, sprach Genosse Kersch ein und hielt einen 1 1/2 stündigen Vortrag über den Parteitag in Halle. Eingehend auf die ganzen Ursachen, die zuletzt zur Spaltung führten, sprach er zum Schluß die Ueberzeugung aus, daß durch die Spaltung die Partei endlich durch Ausschaltung von Genossen, die überhaupt keine sozialistischen Grundzüge mehr vertreten haben, nur gewinnen könne. Redner wies darauf, daß wir jetzt schon in Berlin-Brandenburg die ätzendste Majorität haben, und daß, wenn jede Genossin und jeder Genosse seine Kraft in tatkräftig mitzuarbeiten, es in verhältnismäßig kurzer Zeit gelingen müsse, die Partei der U. S. P. D. zu ihrer alten Macht zu bringen.

Der Verlauf der Versammlung zeigte, daß auch die organisierte Arbeiterkraft von Oberschnewitz in der alten U. S. P. D. die wahre Führerin der Arbeiterklasse erblickt. Rüstiges Arbeiten wird die Schäden der Spaltung bald wieder ausgleichen.

Berlin-Heinersdorf

In der am Sonnabend, den 23. Oktober, stattgefundenen Generalkonferenz schloß sich auch in unserer Ortsgruppe die Trennung. Die Anhänger der Moskauer Bedingungen, die hier am Ort bei der Wahl 32 Stimmen erhielten (die Gegner nur 5), waren ihrer Sache so sicher, daß sie auch noch diese 5 Stimmen für sich erobern wollten. Nach einer lebhaften Auseinandersetzung verließen jedoch 17 Anhänger der U. S. P. D. den Saal und legten in einem anderen Raum den Schwur ab, dem Neuaufbau der Organisation 10 Genossen und Genossinnen beizustehen auf unserer Seite. Wir wachen auch in unserem Ort bei Tausend der U. S. P. hochhalten.

Gewerkschaftliches

Die Gewerkschaftsbewegung in Gefahr

Die Zerspaltung der Arbeiterorganisationen hat sich bisher auf die politischen Parteien beschränkt. Die starke Macht der freien deutschen Gewerkschaften hat allen Individualitäten und sonstigen Bestrebungen zum Trotz ihre Geschlossenheit bewahrt. Keinerdings sind jedoch Kräfte am Werk, die die Fäden an die Wurzeln dieser Geschlossenheit legen wollen. Wir haben bereits mitgeteilt, daß die Kommunisten in Halle mit der Zerstückelungs- und Zerstückelungsarbeit in den Gewerkschaften begonnen haben.

Diese Methode soll nun an allen Orten, wo die Moskauer Juch gefehlt haben, konsequent fortgesetzt werden. In Berlin hofft man den nächsten Erfolg dieser planmäßigen Zerstückelungsarbeit zu erzielen. So hat schon Mitte September Richard Müller in einer Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter die Wahl von Angehörigen verhindert mit der Begründung, daß sich „weltpolitische Probleme“ vorbereiten, die erst gelöst werden müßten. Damit war gemeint, daß die Neuwahl der Angehörigen so lange hinausgeschoben werden sollte, bis man offen mit der Parole hervortreten konnte, daß nur Anhänger der Kommunistischen Internationale befragt sind, Gewerkschaftsbeamten zu werden.

Gewerkschaftsbeamten! Die Zerstückelung der Gewerkschaften, nach Moskauer Muster durchgeführt, bedeutet die völlige Zerschlagung der Stützkräfte des deutschen Proletariats. Wer die Gewerkschaften zerstört, vernichtet ein Fundament des wirtschaftlichen Kampfes. Wir fordern euch auf, dieser Wahnsinnigkeit der Spaltungsaktionist mit aller Kraft entgegenzutreten. Durch die Festlegung auf unerfüllbare Forderungen des Exekutivkomitees der dritten Moskauer Internationale ist der Ruf nach der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gesprenkelt worden, dieselbe Gefahr droht jetzt den Gewerkschaften, wenn hier nicht rechtzeitig entgegengetreten wird.

Gewerkschaftsbeamten! Wacht ihr die Geschlossenheit der freien deutschen Gewerkschaften wahren, dann belämpft die bösartige Saat, bevor die ersten Keime aufgehen. Tretet allen Spaltungsversuchen fest und entschlossen entgegen. Zeigt Rückgrat. Es geht um das Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung.

Endgültige Regelung im Berliner Zeitungswesen

Ein vom Reichsarbeitsministerium eingesetztes Schlichtsgericht hatte darüber zu entscheiden, ob den im Zeitungsstreit entlassenen Arbeitern der Lohn voll zu zahlen sei. Es wurde vom Referenten Dr. Braun als Vorsitzenden geleitet. In einem Streit, so lautet der Schlichtspruch, liegt in der tatsächlichen Verweigerung der indirekten Streitarbeit eine Arbeitsverweigerung, die zu fristloser Entlassung berechtigt. Die bloße Erklärung aber, daß ein Arbeiter indirekte Streitarbeit nicht leisten werde, berechtigt zu Entlassung nicht. In dem vorliegenden Falle werden die Arbeitgeber trotzdem in voller Bezahlung der Streittage verurteilt, weil sie den vom Bundesarbeitsrat vorgeschriebenen Schlichtungsweg nicht erschöpft hatten, ehe sie Entlassungen vornahmen.

Die Lohnbewegung der Portiers in allen Groß-Berliner Häusern

Zu den Arbeitgeberverbänden, die den Herrn-im-Hausstandpunkt noch in Reinkultur schützen wollen, gehören in erster Stelle die Hausbesitzer Groß-Berlins. Heute, die bis zur Zeit des Zusammenbruchs des alten monarchischen Regierungssystems, in Stadt- und Kommunal-Verwaltungen auf Grund der veralteten Städtordnung und Verfassung, ihren ganzen Einfluß zur Geltung brachten, erklären heute in allen Instanzen, wenig notleidender Verstand zu sein.

Der Deutsche Portier-Verband, Sektion 7 (des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes) hat nun mit dieser Hausbesitzer-Organisation zur wirtschaftlichen Regelung am 17. Juni 1919 Tarifverträge abgeschlossen, in dem Löhne für Postportiers, alle Mann und Frau in verheirateten Häusern, von 390 Mk. monatlich und für Einzelpersonen von 100—150 Mk. in solchen Häusern, für offene Wohnhäuser sogenannte Hausreinerlöse von 30—70 Mk. monatlich vorgegeben, von diesen Löhnen gehen nach Wohnung und in Häusern mit Heizung oder Warmwasser die sehr hohen Heizungsgebühren ab. Die Hausbesitzer behaupten aber mitteilend zu sein und nicht mehr zahlen zu können. Verhandlungen vom Freitag, den 22. Oktober, vor dem Reichsministerium haben nun endgültig den Beweis erbracht, daß wir von keiner Seite, weder von unseren Hauswirten noch Behörden etwas erwarten können, uns bleibt nur noch die Selbsthilfe, also der Streik.

In einer am 24. Oktober im Lehrer-Vereinshaus abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen, die vorgelegten Forderungen des Tarifes, die doch die allerbestmöglichen Bedingungen des Existenzminimums darstellen, unter allen Umständen zur Anerkennung zu bringen und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu erkämpfen.

Die Versammlung erläßt die Lohnkommission nachweislich, in eine Verhandlung mit dem Reichsarbeitsministerium zu treten und umgehend Bericht zu erstatten.

Versammlung des Deutschen Beamtenbundes

Am 26. Oktober fand im großen Saal des Lehrervereinshauses eine gut besuchte Versammlung statt, in welcher Albert Falkenberg über „Die deutsche Beamtenbewegung in Politik und Presse“ referierte. Er führte aus, daß die Beamtenpolitik sich nicht gegen Personen, sondern gegen das bestehende System richten müsse. In der Belohnungsfrage dürfe nicht halt gemacht werden vor der Finanzlage des Reiches. Die Regierung appelliere stets an den Idealismus, vergesse aber, die Beamtenpflicht so zu stellen, daß sie diesen auch von sich aus bewahren könnten. Radikalistische Strömungen sollten nicht verfolgt, sondern die Beamtenbewegung müßte von Stufe zu Stufe vorwärts getrieben werden. Der Deutsche Beamtenbund müsse ein Faktor werden, der von der Regierung unbedingt gehört werden müsse. In welcher Richtung die Beamtenbewegung sich in Zukunft bewegen würde, dürfe einzig und allein von der innerpolitischen Entwicklung abhängen. Referent betonte entschieden, daß das Berufsbeamtenamt Schaden leide, wenn es in Zukunft

mit den freien Gewerkschaften marschiere, das Beamtenamt müsse vielmehr heraus aus den Fesseln, frei denken und handeln. Der Referent schloß mit der Ermahnung an die Versammlung, sich der gewerkschaftlichen Organisation, dem Deutschen Beamtenbund, anzuschließen, um auf legalem Wege die Forderungen der Beamtenpflicht durchzusetzen; Einheit sei unbedingt notwendig, wenn sich das Berufsbeamtenamt erhalten solle.

Lehrer W. Hilgel, der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, gab ein Bild über die Entwicklung der englischen und französischen Gewerkschaftsbewegung und schloß die Organisationsrichtlinien des Deutschen Beamtenbundes, den er als politisch neutral bezeichnet.

Bei Einsetzen eines neuen Vortrags, ganz gleich, ob er von rechts oder links komme, müßte die Beamtenpflicht zur Arbeitsverweigerung schreiten. Der gleiche Fall müßte eintreten, wenn eine Regierung oder Bevollmächtigter die Existenzmöglichkeit der Beamten untergraben, oder die durch die Verfassung verbrieften Grundrechte der Beamtenpflicht antasten würde.

Schloß mit dem Hinweis auf die Wahlen zum Reichstag am 19. März und die Wahlen zum Reichstag am 19. März.

monatliche Witwenrenten gezahlt werden; er schloß mit einem Appell an den Deutschen Beamtenbund, auch für die Witwenrenten einzutreten.

Deutscher Verband der Privatbank-Angestellten. Der „Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten“ beruht am Donnerstag, den 23. d. Mts., abends 8 Uhr, nach den Sophienböden, Sophienstr. 17/18, eine öffentliche Versammlung der Privatbank-Angestellten ein, in der zu dem neuen Reichslohnvertragsentwurf Stellung genommen werden soll. Wie allgemein bekannt, ist von der Organisation die Allgemeinverbindlichkeits-Erklärung des für sich abgeschlossenen Tarifes beantragt worden. Es gilt nunmehr, zu beweisen, daß die Privatbank-Angestellten hinter der Forderung der Organisation auf Verabschiedung des Tarifes stehen. Nach der in den Privatbank-Geschäften herrschenden Stimmung muß man annehmen, daß sich eine übermäßige Mehrheit der Angestellten für den Tarif aussprechen wird. Jedemfalls sollte es kein Angestellter einer Privatbank verfehlen, an dieser äußerst wichtigen Versammlung teilzunehmen.

Stumm- und Hocharbeiter. Der Streik in den Berliner Textilverwerken Wilhelm Reimold ist aufgehoben. Es haben Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin stattgefunden, die zu einem Vergleich geführt haben. Verband der Fabrikarbeiter.

Oppositionelle Bundestage. Abiet auf die Kollig am Freitag früh.

Groß-Berlin

Die neue Magistratswahl

Der Wahlauschuß zur Bildung des Magistrats trat gestern zu einer Sitzung zusammen, um die besetzten Magistratsmitglieder vorzuschlagen. Die bürgerlichen Parteien erklärten, daß es notwendig sei, kontinuierte Verwaltungsbeamte zu wählen. Die Kandidaten seien ungeheuer groß und schwierig. Sie schlugen eine Anzahl Verloren vor, die längere Zeit in der kommunalen Verwaltung Stadtratämter bekleideten. Von sozialistischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß wir zwar mit Verwaltungsbeamten nicht versetzt seien, dafür aber würden Männer vorgeschlagen, die durch ihre Erfahrungen aus der Praxis des Lebens das reichlich erlernte, was den Verwaltungsbeamten fehle.

Die Abstimmung ergab die Wahl von folgenden Mitgliedern: Stadtrat Hinge, Trüßl, Weiss, Rohlfen, Wuhls, Rebalter, Schünning und Geschäftsführer Stahl. Ein Mitglied soll noch von den Rechtssozialisten benannt werden. Die Wahl soll heute in der Stadtverordnetenversammlung erfolgen, ebenso die Wahl der unbesetzten Stadträte, weshalb die Anwesenheit jedes einzelnen Mitgliedes notwendig ist. Keiner darf heute fehlen!

Ein Jubilar der Partei

Oskar Bihle, unser alter Parteiveteran, vollendet heute am 28. Oktober sein 60. Lebensjahr. Als blutjungen Zigarrenmacher finden wir bereits unsern Freund Oskar im Vordertreffen der gewerkschaftlichen und politischen Kämpfe in den achtziger Jahren, der Zeit des Sozialistengesetzes. Stellen sich besonders in der damaligen Zeit die Tabakarbeiter die Elitegruppe der Arbeiterbewegung trotz der geradezu miserablen wirtschaftlichen Lage derselben, welche übrigens von „Otto Ernst“ in seinem „Amus Sempers Jugendland“ in künstlerischer Kostendruck dargestellt wird. Mit 23 Jahren ist unser heutiger Jubilar bereits Leiter der sozialdemokratischen Partei für Fürstentum und den Kreis Borslow. Mit 25 Jahren mußte derselbe infolge Minderregelung Fürstentum verlassen und kehrte nach Berlin über. Auch hier fand unser Freund sofort im Mittelpunkt der Arbeiterbewegung. Bei Gründung des Wahlvereins für den 4. Berliner Wahlkreis mit in den Vorstand berufen, ist er auch für seine Gewerkschaft als Delegierter an der Gründung der Streikkommission, der letzten Berliner Gewerkschaftskommission, mit tätig. Längere Zeit leitete er dieselbe als Obmann. 1890 wurde er als Delegierter zum 1. Internationalen Tabakarbeiterkongress nach Antwerpen entsandt, und nunmehr finden wir unsern Parteifreund ununterbrochen als Vertrauensmann unermüdlich in den höchsten Ämtern der Partei sowie der Gewerkschaft für seine Freiheitsideale wirken. Daneben erkannte er auch frühzeitig die große und hohe Bedeutung des Zusammenstehens der Arbeiter als Konzentration und auch hier ist er Mitbegründer und bis zum heutigen Tage tätiger Funktionär der Berliner Konsumgenossenschaft, jedoch nicht als Heringsfisch sei besonders für unsere jüngeren Parteigenossen erwähnt, daß unser „Oskar“ noch zu jenen Älteren gehört, welche nicht nur wiederholt durch ihre Tätigkeit in der Arbeiterbewegung ihre Existenz verteidigen und völlig neu aufbauen mußten, sondern durch dieselbe insgesamt 1 1/2 Jahr hinter Kerkermauern zugebracht hat. Der Bezirksverband der U. S. K. D., Berlin-Brandenburg ernannte nun diesem unermüdlichen Kämpfer zum heutigen Tage seine herzlichsten Glückwünsche und ist stolz darauf, solchen Streiter zu den Seinen zu zählen. Hoffen wir, daß es unsemern alten Freund und Kampfgesossen verdammt sein möge, noch recht lange die schweren Kämpfe führen zu können.

Proletarische Festerunden

Am Sonntag, den 7. November, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus. Karfreitag, Eistanführung von Ernst Lothar Dichtung: „Tag des Proletariats“. Mitwirkende: Tilla Durieux, Alexander Wolff, der aus der Arbeiterbewegung gebildete Sprechchor unter Leitung von Margarete Welthoener, Berlin. Schaubühnen. Orchesterleitung: Klaus Weingarten. Ansprache: Engelbert Graf. Eintrittskarten à 2,50 Mk. sind zu haben in unserm Bureau Breite Straße 8-9, Buchhandlung „Freiheit“, in den „Freiheit“-Expeditionen: Wuhls, Johannstr. 8, Lorenz, Charlottenburg, Wallstraße und bei den Funktionären. Die Distriktsleiter oder Obleute der Bildungsmissionen werden gebeten, die Karten für die Distrikte von unserm Bureau von 10—5 Uhr abzugeben.

Die Erwerbslosenfürsorge in Schulgebäuden

Die Elternräte verlangen mit aller Entschiedenheit, daß die Bureau der Erwerbslosenfürsorge aus den Schulen entfernt werden. Die Eltern der Schüler der 133. und 140. Gemeindeschule in der Bergmannstraße verlangen mit allem Nachdruck, daß ihren Wünschen stattgegeben werde. Sie legen die Gefährdung der Kinder in einer Eingabe an das Provinzial-Schulkollegium wie folgt dar: „Die Arbeitslosen (Männer und Frauen) benutzen die Aborte der Kinder und verunreinigen dieselben. Die Schüler werden, wenn sie austreten wollen, gewaltsam juristisch gestoppt und müssen sich ihrer Bedürfnisse enthalten. Auf dem Schulhofe, den auch die Kinder in den Pausen benutzen müssen, haben Figurenhändler Aufstellung genommen. Den Anordnungen der von der Schulverwaltung gestellten Aufsichtspersonen wird seitens der Arbeitslosen und Händler nicht Folge geleistet. Der Turnunterricht wird fortwährend gestört durch Jurufe und Gebärden der Arbeitslosen. In den Pausen reicht der Hof nicht aus, so daß die Kinder auf dem Flur bleiben müssen.“

In ebenso bitter Lage befindet sich die 149. Schule, die aus ihrem Schulgebäude hinausgedrängt wurde und in dem Schulgebäude Bergmannstraße 80 untergebracht ist. Obwohl der Schulleitung eine genügende Anzahl von Räumen versprochen worden hat man dieses Versprechen keineswegs erfüllt. Es müßte eine sogenannte stehende Klasse eingerichtet werden, so daß der Unterricht bis 2 Uhr nachmittags ausgedehnt werden muß. Ein Konferenzzimmer für den Lehrerkollegium ist nicht vorhanden. Die Turnhalle reicht nicht aus für alle Kinder, ebenso die Aborte. Die Fülle von den Erwerbslosen, das Lehrerkonferenzzimmer von einer Kommission besetzt. Die für andere untererwerbende Klassen so geeignete Quaderpfeiler hat eingestürzt werden müssen, weil keine Räume hierfür vorhanden sind. Eine ganz be-

sondere Gefahr droht den Kindern bei Ausbruch eines Feuers. Es wird gefordert: 1. Die Arbeitslosenfürsorge ist in einer angemessenen Frist aus dem Schulgebäude zu entfernen und das Schulgebäude für seine Zwecke freizugeben; 2. Die Elternschaft erwartet innerhalb 8 Tagen eine an die sie vertretenden Elternräte gerichtete Erklärung, ob und zu welchem Zeitpunkt die Räumung des Schulgebäudes erfolgen wird.“

Hoffentlich wird den Wünschen der Eltern baldigst Rechnung getragen.

Arbeitervereinerdung

Der „Lichtenberger Anzeiger“ bringt in seiner Nummer 31 vom 26. Oktober unter der Überschrift „Arbeitervereinerdung“ eine Mitteilung, wonach der Betriebsrat der Elektrotechnikwerke bei dem dort beschäftigten Obermaschinenmeister Wuhls und seinen Verwandten anderweitig eine Hauswohnung vorgenommen habe. Diese Nachricht ist eine Verdrehung der Tatsachen, da der Gewerkschaftsleiter des „Lichtenberger Anzeigers“ wissen mußte, daß der Betriebsrat zu seiner Handlung, die keine Hausausgabe darstellte, von der Direktion der Elektrotechnikwerke veranlaßt und beauftragt war. Sie hatte nur den Zweck, die seit langer Zeit gegen den Obermaschinenmeister umlaufenden Verdächtigungen zu zerstreuen.

Der „Lichtenberger Anzeiger“ macht aus dieser Angelegenheit eine große Affäre und weicht dabei so erheblich von der Wahrheit ab, daß die Annahme berechtigt erscheint, daß es ihm, wie schon in früheren Fällen, überhaupt nur darauf ankommt, die Arbeiter und Angestellten anzuspödeln. Im vorliegenden Falle wird er von dem Betriebsrat in einer Verichtigung gezwungen werden und auf diese Weise auch den Abkommen des „Lichtenberger Anzeigers“ den Beweis erbringen, in welcher gewissenlosen Weise seitens der bürgerlichen Redaktion Nachrichten gegen die Arbeiterklasse in die Welt gesetzt werden. Dem „Lichtenberger Anzeiger“ ist erst kürzlich durch bürgerliche Angehörige eine Beschwörung übermittelt worden wegen seiner Empfehlung an diese, als Kohlenkipper ins Ruhrgebiet zu gehen. Auch wir glauben, daß der Schreiber der fraglichen Zeilen im „Lichtenberger Anzeiger“ im Ruhrgebiet als Kohlenkipper für die Allgemeinheit bessere Verwendung fände, wie als Tintenschreiber des „Lichtenberger Anzeigers“.

Stahl- und Verleumdungsprozesse von Rudolf. Witk. Hofmann und Kadow. Montag, den 1. November, 7 Uhr, Fraktionssitzung im Rathaus, Neußölln, Zimmer 100.

In der Preisversteigerung des Groß-Berlins, deren Verkauf in Vertretung des Oberbürgermeisters unter Genosse Hinge führt, sind eine Anzahl ehrenamtlicher Revisoren aus unserer Reihen tätig. Es ist Aufgabe dieser Revisoren, durch Preiskontrolle nach Möglichkeit dem Wucher zu steuern. Die Arbeit der Revisoren wird häufig seitens des Publikums dadurch erschwert, daß in den meisten Fällen für den Händler gegen den Revisor Partei genommen wird. Wir weisen daher darauf hin, daß die Kontrolle der Revisoren im Interesse des kaufenden Publikums geschieht und bitten unsere Genossinnen und Genossen, die Preisprüfer in ihrer Tätigkeit nicht zu behindern, sondern sie vielmehr dabei zu unterstützen.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hielt am Sonnabend, den 23. d. Mts., in den Räumen der alten Kaiser-Wilhelms-Adademie ihre diesjährige Jahresversammlung ab, die von zahlreichen Vertretern der staatlichen Behörden, zahlreichen Stadtgemeinden, Versicherungsanstalten und Krankenkassen besucht war. Der Vorsitzende, Geheimrat Wulfs, sprach über den voraussichtlich in nächster Zeit dem Reichstag zu gehenden Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Er betonte besonders den Fortschritt, der darin besteht, daß an die Stelle der bisherigen Reglementierung weniger eingeschränkter Prostituierten ein System rein ärztlicher Überwachung aller gemeingefährlicher Geschlechtskrankter belderlei Geschlechts gesetzt werden soll. Eine allgemeine Meldepflicht, wie sie von mancher Seite gefordert wird, ist in dem neuen Gesetz nicht vorgesehen — nach Wulfs ist mit Recht, da eine solche nicht nur nutzlos sein, sondern direkt schädlich wirken, insbesondere die Kranken minderwertigen Elementen in die Arme treiben würde. In Amerika, wo man vielfach die Anzeigepflicht eingeführt hat, hat sie völlig versagt. Sogar in es zu begründen, daß eine beschränkte Meldepflicht für diejenigen Kranken eingeführt werden soll, die ihre Behandlung in leichtfertiger oder frölicher Weise vernachlässigen und daß auch da die Meldung nicht sofort an die Gesundheitsbehörde, sondern zunächst an eine Beratungsstelle erfolgen soll. Wulfs ist der Meinung, daß, um alle Härten zu vermeiden, vorher noch dem Arzt das Recht zustehen solle, kranke Patienten zu mahnen. Wünschenswert wäre auch eine Anzeigepflicht der Infektionsquellen, wie sie sich in Schweden und in der Schweiz sehr bewährt hat. Der Vorsitzende, der in dem Gesetz nur etwas im Zukunft noch anzuschließenden Rahmen für ein wirksames Zusammenarbeiten von Staat, Gemeinden, Versicherungsträgern und Ärzteschaft sieht, glaubt, daß auf diesem Wege vieles erreicht werden könnte.

Die Auslandsdeutschen aus allen Ländern, organisiert in einer Interessengemeinschaft, vertreten durch den Aktionsauschuß, haben sich an den Reichsminister bzw. den Reichsfinanzminister mit folgenden Forderungen gewandt: 1. Bekämpfung des Verrentschadigungsverfahrens durch Einsetzen von mehr Spruch- und Bescheidungskommissionen. Die Bescher sollen aus der Mitte der Auslandsdeutschen von ihnen selbst gewählt werden. 2. Errichtung einer Instanz seitens der Regierung zwecks Herbeiführung von Beweismitteln für die Ansprüche der Auslandsdeutschen falls diese solche nicht selbst herbeiführen können. 3. Zahlung der vor dem Todesschiedung zum laufenden Tageslohn und nicht zum Friedenslohn (mit Ausnahme von Rußland, wo kein Tageslohn besteht). 4. Tragung der Kosten des ganzen Verfahrens von der Regierung. 5. Regelung der Frage des Staatenlosigkeit und Nichterfüllung der Militärpflicht. 6. Erweis von früherem Besitztum und Entschädigungssummen sollen steuerfrei sein. 7. Entschädigung soll auch einschließlich: a) persönlicher Habe, b) Internierungs- und Rückkosten, c) Zerstörung der Erträge resp. Firmenwert. Der Aktionsauschuß hat für Montag, den 1. November 1920, abends 7 1/2 Uhr, eine öffentliche Versammlung in der Neuen Stadthalle, Rostekstraße (Untergrundbahn) einberufen, in welcher über die Verhandlungen mit den Reichsministerien Bericht erstattet wird und mit Bezug auf die Förderung vorbelagter Forderungen entsprechende Beschlüsse gefaßt werden sollen. Aktionsauschuß der Auslandsdeutschen.

Die bürgerliche Delegation, Rudolf. Witk. Hofmann, 35, erstet sich mit der beginnenden Winterzeit wieder einer zunehmenden Benennung. Es liegen in der Leschalle zahlreiche Zeitschriften unterhaltenden, wissenschaftlichen und politischen Inhalts aus. Außerdem befindet sich in der Leschalle eine größere Stadtbibliothek, die alle Wissensgebiete umfaßt und von den Lesern zu ihrer Fortbildung reger in Anspruch genommen wird. Die Benutzung der Leschalle kostet halbjährlich 1.— Mark.

Kommunales Volksbildungs-Ausschuß Reinickendorf. Im kommenden Sonntag, vormittags 9 Uhr, findet die erste der vier von uns veranstalteten Museumsführungen statt, die mit dem Kunstmuseum des Kaiser-Friedrich-Museums, der Nationalgalerie, des ehemaligen Kronprinzenparks und des Meisters eines professionellen Malers bekanntmachen sollen. Die Teilnehmer treffen sich zur ersten Führung um 9 Uhr vor dem Kaiser-Friedrich-Museum. Leiter: Dr. Volland. Die Beteiligung an allen vier Führungen kostet 3 Mk. für Erwerbslose frei. Karten sind im Rathaus, Zimmer Nr. 18, zu haben. Am kommenden Sonntag findet in Reinickendorf-Wald, 6. Gemeindeschule, ein „Heiterer Abend“ statt. Zum Vortrag gelangen Dichtungen von Thoma, Moser, Schöner, Schnitzler, Ginsten u. a. Vortragende: Fritz Richter, Mitglied des Deutschen Theaters. Einlaßkarten zu 1,50 Mark sind bei Schmidt, Schornweberstr. 61, bei Hahn, Schillingstr. 20 und im Konsum, Waidhofenstraße zu haben. Für Erwerbslose frei. Kinder unter 14 Jahren werden zur Vermittlung von Stipendien und wegen Platzmangels im Lehrzimmer gebracht, wofür Eltern und Verwandte verantwortlich sind. Beteiligung frei.

Im Konsum der Arbeitervereinerdung, des Saupinsverband und die Bezirksverbände des Metervereins Thoma

